



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Verfassungsgericht und Landeshaushalt

Ein Urteil und seine Auswirkungen

Nach der Flut
Hilfe für die
Ostseeküste

Nach dem Protokoll
Die Zitate
des Jahres 2023

Nach dem Überfall
Schritte gegen
Antisemitismus

03 **Meldungen**

05 **Personalien**

Landeshaushalt

06 Nach Karlsruher Urteil:
Landtag beschließt Haushalts-
notstand 2023 und 2024

07 Stimmen zum Urteil des
Bundesverfassungsgerichts,
SPD will milliardenschweren
Klimafonds

08 **Rückblick 2010:**
Die Schuldenbremse kommt
in die Landesverfassung

09 Bilanz: Aktuelle Stimmen
zur Schuldenbremse

10 **Sturmflut:** Außerordentliche
Sitzung des Landtages



Die Oktoberflut schlug hohe
Wellen – auch vor dem Landeshaus

11 **Sturmflut:** Landtag schnürt
200-Millionen-Hilfspaket, Ehrung
für Helfer, Regionaldeiche im Fokus

12 **Im Zentrum:** Blick ins Protokoll –
die Zitate des Jahres 2023



Der Stenografische Dienst des
Landtages notiert jedes Wort – und
gelegentlich auch Bonmots.

14 **Plenum:** Bund-Länder-Migrations-
gipfel, Warnung vor Apotheken-
Schließungen, neuer PISA-Schock,
zweite Einsatzhundertschaft

16 **Ausschüsse:** Aktion zur Kastration
wildlebender Katzen, Pilotpro-
jekt „Reerdigung“, Bedenken gegen
Bauschuttdeponie bei Eckernförde,
neuer Zeitplan für die Kita-Reform

18 **Jüdisches Leben:** Runder Tisch
„Shalom & Moin“, Gesetz gegen
Diskriminierung, Bildungsoffensive
gegen Antisemitismus, Gedenken an
November-Pogrome 1938



Am Denkmal für die zerstörte
Synagoge in Bad Segeberg legte
Landtagspräsidentin Kristina Herbst
am 9. November einen Kranz nieder.

20 **Jugend im Landtag:** Mehr
lebensnaher Unterricht,
weniger „Rote Rosen“

21 **Bücher:** Jüdische Weltge-
schichte, Bundeswehr, Wege zum
Glück im Norden, Impressum

22 **Bürger- und Demokratiepreis:**
Auszeichnung für Zivilcourage

23 **Ins Bild gerückt:** Zu
Besuch im Landeshaus

24 Termine, Termine, Termine

ZÄHLBARES

3.000.000.000

Um rund 3 Milliarden Euro
geringer als vorgesehen fallen
die Steuereinnahmen des Landes
für die Jahre 2023 bis 2027 laut
den Steuerschätzungen von
Mai und Oktober aus.

Mehr zur Finanzpolitik
ab Seite 6

Der Schnappschuss

Das frisch gewählte Präsidium von „Jugend im Landtag“ nutzte Anfang Dezember das Mikrofon der Landespressekonferenz für einen ersten öffentlichen Auftritt.
V. li.: Kevin Fink, Caitlin Wu Hasenkamp, Lili-Marie Sander, Kjell Berg.

Mehr zur Tagung der Nachwuchsparlamentarier auf Seite 20

Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner!

Mit 2023 geht ein Jahr zu Ende, das uns allen gemeinsam viel abverlangt hat. Die Welt ist in diesem Jahr noch einmal unruhiger geworden. Kriege und Krisen haben zugenommen, und sie wirken in unsere Gesellschaft hinein sowie auch auf jeden Einzelnen von uns. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine tobt mit unbittlicher Härte und wenig Aussicht auf eine von uns allen erhoffte friedliche Lösung. Zugleich hat sich durch einen verabscheuungswürdigen Terrorangriff der Hamas im Nahen Osten ein weiterer Kriegsschauplatz aufgetan. In Israel bangen Angehörige und Freunde um das Leben verschleppter Menschen, die als Geiseln gehalten werden, und trauern um die Opfer dieses Krieges. Angesichts dieser Entwicklungen fällt es vielen Menschen schwer, zuversichtlich zu bleiben und positiv in die Zukunft zu schauen.

Aber es gibt gute Gründe dafür, genau das zu tun. In Schleswig-Holstein leben – wenn man einer aktuellen Studie glaubt –

die glücklichsten Menschen Deutschlands, und das soll im Jahr 2024 so bleiben. Wir sind das „Glücksland“ mit Menschen, die einander helfen, die sich ehrenamtlich engagieren und optimistisch in die Zukunft blicken.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute, Gesundheit und Zuversicht für 2024!



Kristina Herbst, Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages



Serpil Midyatli führt erneut die SPD-Fraktion – Thomas Losse-Müller zieht sich zurück



Serpil Midyatli ist wieder Vorsitzende der SPD-Fraktion und Oppositionsführerin im Landtag. Die Kielerin wurde Mitte Dezember mit den Stimmen von elf der zwölf sozialdemokratischen Abgeordneten für zunächst ein Jahr gewählt. Es gab eine Enthaltung, sie hatte keinen Gegenkandidaten.

Midyatli tritt die Nachfolge von Thomas Losse-Müller an, der zuvor seinen Rückzug aus der Landespolitik erklärt hatte. Der

ehemalige Staatssekretär und Staatskanzleichef war seit der Landtagswahl 2022 SPD-Fraktionsvorsitzender gewesen. Er hat angekündigt, Ende März 2024 auch sein Mandat niederlegen und in die Geschäftsführung der Stiftung Klimaneutralität nach Berlin wechseln zu wollen.

Es gehe jetzt darum, so Midyatli nach ihrer Wahl, die Konzepte der SPD „pointiert und mit der richtigen emotionalen Ansprache in die öffentliche Debatte zu tragen“. Midyatli gehört dem Landtag seit 2009 an, seit 2019 ist sie SPD-Landesvorsitzende. Von Juli 2021 bis zur Landtagswahl im Mai 2022 war sie bereits Fraktionsvorsitzende. Die Wahl brachte für die SPD herbe Verluste, anschließend übernahm Losse-Müller, Spitzenkandidat im Wahlkampf, den Fraktionsvorsitz.

Mehr Personalien: Seite 5

„Spätestens nach PISA dürfte doch allen schmerzlich bewusst sein, was für ein enormer Stellenwert der frühkindlichen Bildung zukommt. Genau hier haben wir die konkrete Chance, die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder auszugleichen und für zumindest annähernd gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen zu sorgen.“

(Christian Dirschauer, SSW)

• • •

„Heute fehlen allein in Schleswig-Holstein immer noch 15.600 Plätze. Dieses Versprechen haben wir nicht gehalten. Wir haben nicht die Wahrheit gesagt. Und das gehört sich nicht. Und deshalb sage ich allen Kindern in Schleswig-Holstein und ihren Eltern: Es tut mir leid. In dieser Frage sind wir kein gutes Vorbild.“

(Serpil Midyatli, SPD)

• • •

„Insgesamt werden nach der Bertelsmann-Studie an die 15.000 Betreuungsplätze für die U3- und die Ü3-Betreuung zusätzlich benötigt. Das bedeutet, dass wir rasch und effektiv etwas unternehmen müssen. Wir müssen also für mehr Fachkräfte und attraktivere Ausbildungs- und Arbeitsplätze sorgen.“

(Katja Rathje-Hoffmann, CDU)

• • •

„Jedes Kind, das in unserem Bildungssystem abgehängt wird, das nicht gefördert und nicht gut begleitet wird, ist sehr wahrscheinlich – neben allen anderen Folgen – auch eine fehlende Fachkraft von übermorgen. (...) Denn allein demografiebedingt werden schon etwa 180.000 Personen auf unserem hiesigen Arbeitsmarkt ab 2035 fehlen.“

(Catharina Nies, Grüne)

• • •

„Das ist eine Frage der Prioritätensetzung und ich erwarte, dass Sie die Versprechungen aus Ihrem Koalitionsvertrag im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Kita-Reform, im Hinblick auf das weitere Absenken der Beiträge und die Steigerung der Qualität endlich einhalten. Und zwar alle zusammen, Schwarz und Grün.“

(Heiner Garg, FDP)

• • •

„Die schlechteste Kita ist eine geschlossene Kita. Alles steht und fällt mit den Fachkräften. (...) Man kann nicht sagen: Es fehlt Personal in den Kitas, und dann gegen unsere Maßnahmen des Quereintritts sein. Man kann nicht alles wollen und gleichzeitig keine Antwort auf die Frage haben, wer das alles finanzieren soll.“

(Sozialministerin Aminata Touré, Grüne)

Aus der Debatte am 14. Dezember über die Lage der Kindertagesstätten.

**Mehr zum Thema: Seite 17,
mehr Zitate: Seiten 12/13**

Regierung legt Haushalt 2024 vor – zweiter Nachtrag beschlossen

Die Landesregierung hat Mitte Dezember ihren Entwurf für den Landeshaushalt 2024 vorgestellt. Der Landtag wird das Zahlenwerk ab Januar beraten, die Verabschiedung ist für März geplant. Das schwarz-grüne Kabinett plant für 2024 Ausgaben von 16,9 Milliarden Euro, die Finanzierungslücke beträgt knapp 900 Millionen. Die Regierung will die Lücke durch Rücklagen in Höhe von 112 Millionen Euro, einen Notkredit von voraussichtlich 650 Millionen sowie durch gut 130 Millionen an konjunkturell bedingten Schulden schließen. Die Ministerien sollen zudem Einsparungen im Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro erbringen.

Im Dezember hat das Parlament zudem einstimmig einen zweiten Nachtrag für das Haushaltsjahr 2023 verabschiedet. Damit sollen die Rücklagen für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz aufgestockt werden, nachdem daraus Mittel für Darlehen in Folge der Oktober-Flut an der Ostsee bereitgestellt wurden. Zudem sollen die haushaltstechnischen Voraussetzungen für den Wiederaufbau nach der Flut geschaffen werden. Darüber hinaus wird eine Rückbürgschaft gegenüber dem Bund bis zu einem Höchstbetrag von 300 Millionen Euro ermöglicht. Damit sollen eventuelle Verluste des Bundes aus einer Anleihe gegenüber dem schwedischen Northvolt-Konzern zu 50 Prozent durch das Land abgesichert werden. Northvolt plant, bei Heide eine Batteriefabrik mit bis zu 3.000 Arbeitsplätzen zu errichten.

Finanzielle Ausstattung der Fraktionen neu festgelegt

Der Landtag hat im Dezember eine Neuregelung der Fraktionsmittel beschlossen. Dies wurde erstmals in einem Gesetz verankert, bislang beruhte die Höhe der Mittel auf einer Einigung im Finanzausschuss. Der gemeinsame Gesetzentwurf aller fünf Fraktionen wurde einstimmig verabschiedet.

Demnach liegen die jährlichen Mittel der CDU-Fraktion nun bei 2,37 Millionen Euro. Bei den Grünen sind es 1,76 Millionen und bei der SPD 1,74 Millionen Euro. Die FDP erhält 1,02 Millionen und der SSW 909.000 Euro. Die Summen bedeuten ein Plus gegenüber den vorherigen Sätzen von etwa vier Prozent. Die Fraktionsmittel ergeben sich aus einem Grundbetrag und einem Betrag pro Abgeordneten, der stufenweise sinkt, je größer die Fraktion ist. Fraktionen, die nicht die Regierung tragen, erhalten einen Oppositionszuschlag von knapp 107.000 Euro. Die Mittel dienen dazu, die Mitarbeiter der Fraktionen zu bezahlen, sowie für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit oder Sachverständige.

Laut dem Gesetz sollen die Mittel künftig jedes Jahr zum 1. Januar automatisch angepasst werden, basierend auf der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttoverdienste in Schleswig-Holstein. Zudem wird die Bildung von Rücklagen über das Ende der Wahlperiode hinaus begrenzt. Sie dürfen künftig maximal 60 Prozent der jährlichen Mittel betragen. Damit greift der Landtag einen Kritikpunkt des Landesrechnungshofs auf.

Projektstart: Aufarbeitung der Geschichte der Sinti und Roma

Die vom Landtag auf den Weg gebrachte wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein ist Anfang Dezember gestartet. Die Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History der Europa-Universität Flensburg hat den Zuschlag für das Projekt bekommen und nimmt insbesondere die Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus in den Blick. Projektleiter ist der Direktor der Forschungsstelle, Prof. Marc Buggeln. Die Forschungsstelle will bis Oktober 2024 einen Zwischenbericht fertigen. Der Abschlussbericht soll bis November 2025 vorliegen.

Das Forschungsprojekt wird von einem Beirat begleitet, dem die Abgeordnete Birte Pauls (SPD) als Vorsitzende, Uta Wentzel (CDU), Eka von Kalben (Grüne), Heiner Garg (FDP) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) angehören.

Mehr: Landtagszeitschrift 01/22

Gedenkstätte „LeDor VaDor“ für deportierte Juden

Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden hat Anfang Dezember die Gedenkstätte „LeDor VaDor“ („von Generation zu Generation“) in Kiel eingeweiht. Das Kunstwerk bildet die Namen der deportierten und ermordeten jüdischen Kieler ab. Landtagspräsidentin Kristina Herbst versicherte in ihrer Ansprache allen jüdischen Mitbürgern die Solidarität des Landtages.

„Mit der Einweihung der Gedenkstätte ‚LeDor VaDor‘ wird an die dunkelsten Zeiten unserer Vergangenheit erinnert, die Jüdinnen und Juden in unserem Land erleiden mussten, an ihre brutale Verfolgung und Ermordung, an die geplante vollständige Auslöschung jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in Europa“, sagte Herbst. Jeder Angriff auf jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sei ein Angriff auf die Demokratie, auf die gemeinsamen Werte und auf das gesellschaftliche Miteinander.

Mehr zum Thema: Seiten 18/19

Serpil Midyatli, neue SPD-Fraktionsvorsitzende, ist weiterhin eine von fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Sozialdemokraten. Auf einem Parteitag in Berlin wurde sie Anfang Dezember mit 79,3 Prozent Zuspruch in diesem Amt bestätigt. Midyatli gehört seit 2019 dem SPD-Bundesvorstand an.

Silke Schiller-Tobies

ist seit 1. November Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung. Nach ihrer Polizeiausbildung war die gebürtige Kielerin in verschiedenen Funktionen im Polizeidienst tätig, wechselte 2015 ins Innenministerium und war ab 2022 Büroleiterin von Sozialministerin Aminata Touré (Grüne). Schiller-Tobies folgt auf **Marjam Samadzade**, die das Ministerium im Oktober verlassen hat (siehe Meldung auf dieser Seite).



Anke Erdmann, von 2009 bis 2017 für die Grünen im Landtag, anschließend bis 2019 Umwelt-Staatssekretärin und seit 2022 Landesvorsitzende ihrer Partei, ist auf dem Grünen-Bundestag Ende November in Karlsruhe in den Parteirat gewählt worden. Das Gremium soll den Bundesvorstand beraten und die Arbeit mit Fraktionen und Landesverbänden koordinieren. Ihm gehören 16 Parteimitglieder an. Erdmann folgt auf Bundeswirtschaftsminister und Ex-Landtagsfraktionschef **Robert Habeck**, der den Landesverband Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren dort vertreten hatte.

Marlies Fritzen, von 2009 bis 2022 für die Grünen im Landtag, ist neue Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung schleswig-holsteinische Gedenkstätten. Die ehemalige Landtagsvizepräsidentin hatte dem Vorstand bereits zuvor angehört.

Frank Platthoff

ist seit Anfang Dezember Pressesprecher und Leiter der Pressestelle des Landtages. Der Jurist hatte zuvor das Referat für Wissensmanagement geführt und war Mitglied des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages. Seit zehn Jahren hatte er zudem die Funktion des stellvertretenden Pressesprechers inne.



Schwester Maria

Magdalena, die seit 2009 zu Beginn jeder Plenartagung die ökumenischen Morgengandachten im „Raum der Stille“ des Landtages organisiert, ist Ende November mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Die katholische Ordensschwester leitet seit 20 Jahren das Gästekloster „Haus Damiano“ in Kiel, das allen Menschen unabhängig ihres Glaubens offensteht. Seit 2017 ist Schwester Maria Magdalena zudem Kuratorin der „Siedlung Damiano“ der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg in Kiel. Im Namen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nahm Ministerpräsident Daniel Günther in Kiel die Ehrung vor.



Andreas Otto, Korrespondent von Radio Schleswig-Holstein (R.SH), bleibt Sprecher der Landespressekonferenz (LPK). Die Journalisten der LPK bestätigten ihn Ende November auf einer Mitgliederversammlung in Kiel in seinem Amt. Otto hat seit 2017 den Vorsitz über das Sprecherkollegium. Zu stellvertretenden Vorsitzenden bestimmten die Mitglieder **Sylvia Aust** (NDR-Fernsehen), **Kirsten von Keitz** (RTL), **André Klohn** (Deutsche Presse-Agentur dpa) und **Henner Hebestreit** (ZDF). Als Schatzmeister wurde **Kay Müller** vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z) gewählt. In der LPK haben sich Journalisten zusammengeschlossen, die regelmäßig über die Landespolitik in Schleswig-Holstein berichten.

Runde Geburtstage

Arnold Wilken aus Högersdorf-Rotenhahn (Kreis Segeberg), von 1992 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 6. Dezember seinen 85. Geburtstag gefeiert.



Andreas Beran aus Kaltenkirchen, von 1995 bis 1996, von 2000 bis 2005 und von 2008 bis 2012 für die SPD im Landtag, hat am 29. Oktober seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen
Glückwunsch!

Ausschuss untersucht Rückzug von Staatssekretärin Samadzade

Der Rücktritt von Sozial-Staatssekretärin Marjam Samadzade beschäftigt den Landtag. Der Innen- und Rechtsausschuss hat Mitte November fraktionsübergreifend einem SPD-Antrag zugestimmt, der von der Landesregierung die „Vorlage sämtlicher Akten“ zu diesem Vorgang fordert. Zuvor hatte die FDP eine Kleine

Anfrage zu dem Thema gestellt, die nach Ansicht der Opposition nicht ausreichend beantwortet wurde. Die Akten aus dem Sozialministerium sind im Dezember im Parlament eingetroffen. Der Ausschuss hat beschlossen, die Unterlagen vertraulich zu behandeln.

Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) hatte im Juli mitgeteilt, Samadzade werde zum Jahresende als Staatssekretärin aufhören und in die Justiz zurückkehren. Nach der Weiterverbreitung eines israelkritischen Instagram-Posts musste die ohnehin scheidende Staatssekretärin dann aber bereits im Oktober gehen.

Landtag beschließt Haushaltsnotlagen

Das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte November hat auch für die Schleswig-holsteinischen Landesfinanzen weitreichende Folgen – und stand im Zentrum der November-Sitzung des Landtages. Das Parlament behandelte die Auswirkungen des Richterspruchs in einer Aktuellen Stunde, eine breite Mehrheit beschloss zudem die Haushaltsnotlage für die Jahre 2023 und 2024, um geplante Investitionen rechtlich abzusichern. Neben CDU und Grünen stimmten auch SPD und SSW der Feststellung der Notlage zu. Die Verfassung schreibt dafür eine Zweidrittel-Mehrheit vor, die die Koalition aus eigener Kraft aufbringt. Die FDP war dagegen und übte heftige Kritik.

Es bestehe für die Landesregierung kein Zweifel, erklärte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne), „dass wir in Zeiten tiefer Krisen sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr eine Notlage haben“. Corona und der Ukraine-Krieg brächten eine anhaltende Belastung des Haushalts mit sich, sagte auch CDU-Fraktionschef Tobias Koch. Hinzu komme die Ostsee-Flut vom Oktober. Es stehe also „bereits jetzt fest, dass die dafür anzuwendenden Mittel die Finanzlage des Jahres 2024 erheblich beeinträchtigen werden“. „Wir dürfen nicht länger über Sondervermögen agieren, sondern wir müssen jährlich eine neue Notlage darstellen, wenn sie sich denn begründen lässt“, stellte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Lasse Petersdotter fest. Die bestehenden Rücklagen und Sondervermögen aus den bisherigen Notkrediten will das Land „in die Tilgung führen“, kündigte Ministerin Heinold an. Dabei geht es um mehrere hundert Millionen Euro.

Unterstützung kam von Sozialdemokraten und SSW. Er sei überzeugt, dass die Notlagen fortbeständen, sagte der damalige SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller. Er verwies

auf Corona-Spätfolgen für Long-Covid-Patienten und auf Kinder, die monatelang nicht zur Schule gehen konnten. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine seien die Energiekosten „doppelt so hoch wie vorher“. Auch der SSW-Fraktionsvorsitzende Lars Harms sah Schleswig-Holstein weiterhin in einer Notlage. So habe das Land wegen Corona und der zahlreichen ukrainischen Flüchtlinge neue Lehrer eingestellt: „Die müssten wir rausschmeißen, wenn wir jetzt kein Geld mehr ausgeben.“

Die FDP votierte gegen die Anträge zu den Haushaltsnotlagen. Der Antrag für 2023 sei „evident verfassungswidrig“, sagte die Finanzpolitikerin Annabell Krämer. Und die Notsituation für 2024 „auf Vorrat“ festzustellen, sei „mindestens zweifelhaft“. Sie forderte Schwarz-Grün auf, den Haushalt „auf verlässliche, rechtskonforme Säulen zu stellen“. Ihre Fraktion, so Krämer, würde gegen die Haushaltspolitik der Landesregierung vor das Landesverfassungsgericht ziehen. Für eine Klage seien aber zwei Fraktionen nötig, und die Liberalen hätten im Landtag keinen Partner für diesen Schritt.

Weiterer Beschluss pro Northvolt

Zugleich bekräftigte der Landtag seinen bereits im September erklärten Willen, bis zu 137 Millionen Euro an Landesmitteln zur Förderung einer Batteriefabrik der schwedischen Firma Northvolt im Kreis Dithmarschen aus dem Ukraine-Notkredit bereitzustellen. „Northvolt ist eines der bedeutendsten Ansiedlungsprojekte für Schleswig-Holstein, für ganz Deutschland und für Europa“, sagte Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). Neben CDU und Grünen stimmte auch die SPD zu.

FDP und SSW begrüßten ebenfalls die Ansiedlung, sprachen sich aber für eine andere Form der Finanzierung aus. Nach Ansicht der FDP könnte die Förderung für Northvolt aus dem regulären Haushalt bestritten werden. Der SSW schlug statt der Nutzung des Notkredits vor, das Geld aus dem Sondervermögen IMPULS zu nehmen, in dem 1,5 Milliarden Euro lagerten.

Mehr zu Northvolt: Landtagszeitschrift 03/23.

i

Am 15. November verkündete Doris König (4. v. re.), Vorsitzende des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts, in Karlsruhe das Urteil zum Nachtragshaushalt des Bundes für 2021. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte die Normenkontrolle beantragt. Laut dem Richterspruch hätte die Regierungskoalition 60 Milliarden Euro aus einem 2021 aufgelegten Corona-Hilfsfonds nicht per Nachtrag in Projekte des Klimaschutzes umleiten dürfen. Zudem beanstandete das Gericht, dass die Berliner Ampel die Gelder erst Anfang 2022, nach Abschluss des Haushaltsjahres, umgeschichtet hatte. Der Etat sei deswegen „nichtig“. Das hat auch Folgen für den Norden: Schleswig-Holstein arbeitet wegen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs ebenfalls mit Notkrediten in Milliardenhöhe. Ein Teil dieser Kreditemächtigungen wurde in Sondervermögen, beispielsweise zum Straßenbau, umgeleitet.



Kieler Stimmen zum Karlsruher Urteil



Tobias Koch (CDU):

„Innerhalb von nur sieben Tagen seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben wir die Konsequenzen gezogen und die Handlungsfähigkeit des Landes zur Bewältigung der aktuellen und andauernden Krisen wiederhergestellt.“



Lasse Petersdotter (Grüne):

„Nun hatten wir das Urteil, und Dinge haben sich verändert. Schleswig-Holstein ist meines Wissens das erste Bundesland, das so schnell und auch so umfangreich reaktionsfähig ist.“



Thomas Losse-Müller (SPD):

„Das Bundesverfassungsgericht verbietet uns nicht, klug zu sein. Es verbietet uns nicht, gute Manager zu sein. Es verbietet uns nicht, gute Regierungsarbeit zu machen und vorsorgend zu planen.“



Annabell Krämer (FDP):

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss einen Schlusstrich unter den bisherigen Umgang Schleswig-Holsteins mit Notkrediten setzen. (...) Die Bevorratung von Notkrediten in Sondervermögen ist verfassungswidrig.“



Lars Harms (SSW):

„Auf Bundesebene ist ein Haushalt beklagt worden, und das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Dieser Haushalt ist nichtig. (...) Bei uns gibt es kein Urteil. Der Haushalt ist nicht nichtig.“



Finanzministerin Monika Heinold

(Grüne): „Das Urteil gibt uns jetzt verschiedene Herausforderungen und Aufgaben mit: Wir müssen uns künftig in der Jährlichkeit, Jährigkeit und Fälligkeit bewegen. Und damit können wir umgehen.“

Große Bedenken gegen SPD-Klimafonds

Mit 11,6 Milliarden Euro will die SPD bis 2040 den Umbau Schleswig-Holsteins zu einem klimaneutralen Bundesland vorantreiben. Diese Summe aus dem Landeshaushalt sowie weitere Mittel des Bundes sollen nach Vorstellung der Sozialdemokraten in einem „Transformationsfonds“ zusammengefasst werden und in Energieversorgung, Mobilität, Wirtschaft und Infrastruktur fließen. Alle anderen Fraktionen verwiesen auf das jüngste Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts und hielten den Vorstoß für nicht finanzierbar.

Der Klimawandel sei eine außergewöhnliche Notlage, so der damalige SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller. Es sei daher gerechtfertigt, die Schuldenbremse in der Landesverfassung außer Kraft zu setzen. Schleswig-Holstein müsse seinen CO₂-Ausstoß allein bis 2030 um zwölf Millionen Tonnen reduzieren, mahnte Losse Müller – die Hälfte des derzeitigen Aufkommens. „Wir

brauchen jetzt die Bereitschaft“, betonte der Sozialdemokrat: „Es gibt aus unserer Sicht keine Alternative.“

Die SPD plant 6,5 Milliarden Euro für den öffentlichen Nahverkehr ein, etwa für den Ausbau des Schienenverkehrs, für Elektro- und Rufbusse, für Ladesäulen und für mehr Radwege. 4,85 Milliarden Euro sind für die Wärmewende vorgesehen. Damit sollen 40 Prozent aller Gebäude und damit mehr als jede zweite Wohnung bis 2030 an ein Wärmenetz angeschlossen werden. Aktuell sind es zehn Prozent. Weiteres Geld wollen die Sozialdemokraten in Industrie und Forschung sowie in die Erhöhung von Deichen und den Katastrophenschutz investieren.

Das Vorhaben sei „finanzpolitisches Harakiri“ und deswegen ein „Angriff auf zukünftige Generationen“, erwiderte Ole Plambeck (CDU) – und zudem „verfassungswidrig“, weil es das Karlsruher Urteil ignoriere. „Es ist nicht rechtens, deswegen funktioniert es nicht“, befand auch

Nelly Waldeck (Grüne). Um den Klimaschutz zu fördern, sprach sie sich für eine Steuerpolitik aus, „die klimaschonendes Verhalten belohnt und starke Schultern mehr tragen lässt“.

Annabell Krämer (FDP) bezeichnete den Plan als „utopisch“. Die SPD unterliege „dem Irrglauben, der Staat müsse immer mehr Aufgaben übernehmen, dann wird die Welt schon zu einem besseren Ort werden“. Ein weiteres kreditfinanziertes Sondervermögen sei nicht möglich, meinte Lars Harms (SSW). Einen „Schattenhaushalt“, der allein durch Tilgungs- und Zinszahlungen „quasi sämtlichen politischen Handlungsspielraum aufzufressen droht“, könne er nicht unterstützen. Das Land müsse Prioritäten setzen, sagte Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne): „Es ist nicht Aufgabe des Landes, die Elektrifizierung des Busverkehrs oder den Ausbau der Stromnetze zu finanzieren.“ Der Finanz-, der Innen- und Rechts- sowie der Wirtschaftsausschuss beraten das Thema weiter.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie schauen wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es um eine weitreichende Entscheidung zur Sanierung des angeschlagenen Landeshaushalts.

2010:

Die Schuldenbremse kommt in die Landesverfassung

Diese Entscheidung sei ein „Meilenstein“ von „historischer Bedeutung“. So heißt es fraktionsübergreifend am 19. Mai 2010. Mit breiter Mehrheit verpflichtet sich der Landtag nach intensiver, zweistündiger Debatte, die Neuverschuldung des Landes innerhalb der folgenden zehn Jahre auf null zu fahren. Nach monatelanger Diskussion verankern CDU, SPD, FDP, Grüne und SSW gegen die Stimmen der Linken eine Schuldenbremse in der Landesverfassung. Schleswig-Holstein ist damit das erste Bundesland, das den Schuldenstopp in seine Verfassung aufnimmt, nachdem der Bund ein Jahr zuvor eine ähnliche Regelung ins Grundgesetz geschrieben hat.

Nun gilt: Das Land, das zu diesem Zeitpunkt mit 25 Milliarden Euro in der Kreide steht, darf von 2020 an keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Bis dahin soll das strukturelle Haushaltsdefizit von 1,25 Milliarden Euro schrittweise abgebaut werden. Ausnahmen soll es nur in Notfällen geben, etwa bei Naturkatastrophen. Kredite zum Ausgleich eines wirtschaftlichen Abschwungs müssen in Zeiten des Aufschwungs getilgt werden.

Rainer Wiegard (CDU), Finanzminister der schwarz-gelben Koalition, zeigt sich erfreut, dass „wir den Irrweg“ in den Schuldenstaat „nach 40 Jahren endlich beenden“. „Heute habe ich eine Gänsehaut“, sagt Wiegard sichtlich bewegt. FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki spricht von einem „Ausweis der politischen Gestaltungsfähigkeit dieses Parlaments“, das damit seiner „Verantwortung für künftige Generationen“ gerecht werde. Seine Fraktions-

kollegin Katharina Loedige weist darauf hin, dass es auch dank der „vielen neuen und jungen Politiker in unseren Fraktionen“ gelungen sei, aus der „fehlgeleiteten Politik der vergangenen Jahrzehnte“ auszubrechen.

Debatte über rigiden Sparkurs

Dass der Weg aus der Schuldenfalle steinig wird, steht für die Koalition fest. „Sparen, ohne Menschen in diesem Lande auch wehzutun“, werde nicht gehen, merkt CDU-Fraktionschef Christian von Boetticher an: „Was wir zum ersten Mal als Philosophie begreifen müssen, ist, dass es nicht immer nur geht, Ausgaben zu erhöhen, sondern dass wir Ausgaben – auch manche lieb gewordene Ausgabe – kritisch hinterfragen müssen.“ Mit der bloßen Ablehnung von Einsparvorschlägen sei es zukünftig nicht mehr getan, mahnt CDU-Finanzexperte Tobias Koch.

SPD, Grüne und SSW bekennen sich zur Schuldenbegrenzung, warnen aber vor Kürzungen in bestimmten Bereichen. SPD-Fraktionschef Ralf Stegner fordert Prioritäten bei Kinderbetreuung, Bildung und Klimaschutz: „Wir stimmen zu, weil wir der Meinung sind, dass es eine Schuldenbegrenzung geben muss. Unser Maßstab dabei ist Gerechtigkeit. Den finde ich bei der schwarz-gelben Mehrheit in diesem Haus leider nicht.“

Die sozialdemokratische Finanzpolitikerin Birgit Herdejürgen möchte die Einnahmen des Landes durch eine „gerechte Besteuerung von großen Vermögen“ und eine Transaktionssteuer aufstocken. Auch Monika Heinold (Grüne) zeigt sich überzeugt, dass die Schuldenbremse „allein durch Sparen nicht einzuhalten“ sei. Die heutige Finanzministerin wendet sich gegen eine drohende „Gefährdung der Daseinsvorsorge“, wenn bei Klima, Bildung und bei den Kommunen der Rotstift angesetzt werde. „Die Schuldenbremse ist kein Freibrief für Sozialabbau und Kulturlosigkeit“, fügt Lars Harms (SSW) an.

Die Linke lehnt die „Verfassungsänderung im Blindflug“ ab, wie der Abgeordnete Uli Schippels klarstellt. Anstatt „Sparorgien“ abzuhalten, spricht er sich für Investitionen



Einigkeit über die Notwendigkeit einer Schuldenbremse, aber gespalten über den konkreten Sparkurs: Katharina Loedige (FDP), Finanzminister Rainer Wiegard (CDU), Ralf Stegner (SPD)

in Bildung, Forschung und Infrastruktur aus: „Diese Schuldenbremse verstärkt vor allem die Probleme der vielen Menschen, die auf den Sozialstaat angewiesen sind. Dazu sagen wir Nein.“

Der Landesetat erholt sich

Im Jahr 2010, als der Landtag seine Grundsatzentscheidung trifft, ist der Landeshaushalt in einem bedenklichen Zustand. Das Parlament tritt auf die Schuldenbremse, um das Abrutschen in die Zahlungsunfähigkeit aufzuhalten. Ohne Schulden-Stopp würden Schleswig-Holsteins Schulden von damals 25 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 auf rund 43 Milliarden ansteigen. Statt einer Milliarde müsste das Land dann jährlich mehr als 2,2 Milliarden Euro, etwa ein Viertel des gesamten damaligen Haushaltsvolumens, allein für Zinsen aufwenden. Das geht aus Berechnungen des Finanzministeriums hervor. Die Ursache des wachsenden Schuldenbergs: Das Land gibt seit Jahren deutlich mehr aus, als es durch Steuern und Bundeszuweisungen einnimmt. Die Lücke für das Jahr 2010 beträgt 1,7 Milliarden Euro. Im Mittel liegt das strukturelle Haushaltsdefizit bei 1,25 Milliarden Euro. Dieser Betrag soll innerhalb von zehn Jahren schrittweise um jährlich 125 Millionen abgebaut werden.

Auch dank einer jahrelangen Hochkonjunktur kann Schleswig-Holstein dieses Ziel in den folgenden Jahren erreichen – unabhängig von wechselnden Mehrheiten im Parlament. Das strukturelle Defizit wird schrittweise reduziert, und 2017 kann erstmals ein struktureller Überschuss erzielt werden. Gelder im zweistelligen Millionenbereich fließen in die Schuldentilgung.

Im März 2020, mit dem Ausbruch der Coronapandemie, ändert sich auch die Haushaltslage schlagartig. Der Landtag beschließt ein 500 Millionen Euro schweres Notprogramm für die wegen des Lockdowns lahmgelegte Wirtschaft. Das Parlament wendet dabei erstmals die 2010 in die Landesverfassung geschriebene Möglichkeit an, „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ von den strengen Vorgaben der Schuldenbremse abzuweichen. Dies bleibt kein Einzelfall: Wegen Corona, dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Ostsee-Sturmflut im Oktober 2023 werden weitere Hilfspakete geschnürt. Und über Vor- und Nachteile der Schuldenbremse wird wieder kontrovers gestritten (s. Kasten rechts).

13 Jahre Schuldenbremse – Wie fällt die Bilanz aus?

Stimmen zur Schuldenbremse aus den Monaten
September bis November 2023

Ole Plambeck (CDU): „Als die Schuldenbremse 2010 in der Landesverfassung verankert wurde, war das meines Erachtens eine der besten finanzpolitischen Errungenschaften, und sie ist absolut richtig. Denn zur soliden Haushaltspolitik gehört, dass man nur die Mittel ausgeben kann, die auch durch Einnahmen gedeckt sind. Eine solide Finanzpolitik ist wichtig und unerlässlich für die Umsetzung politischer Vorhaben. Die in der Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse ist als Verpflichtung für die Generationengerechtigkeit ganz klar einzuhalten.“

Lasse Petersdotter (Grüne): „Wir müssen weiter über die Schuldenbremse und ihre Funktionsfähigkeit sprechen. Wir brauchen eine Schuldenbremse, bei der man nicht nur dann reagieren darf, wenn Wasser in den Städten steht, sondern auch, um dies zu verhindern, eine Schuldenbremse, die Investitionen in einem größeren Ausmaß ermöglicht, die auch bei Transformation Unterstützung liefert. Sonst läuft Transformation immer gegen Bildung, Krankenhäuser, aber auch Ausgaben, die man vielleicht nicht so sinnvoll findet. In der Gemengelage, in der wir uns befinden, kenne ich keine große Volkswirtschaft, die durch diese Zeit multipler Krisen geht, ohne Kredite aufzunehmen, und zwar in großem Maß.“

Thomas Losse-Müller (SPD): „In Situationen wie diesen hilft der Blick von außen. Internationale Wirtschaftsexperten gucken bei der Diskussion über die Schuldenbremse mit Erstaunen auf Deutschland, sogar mit Sorge. Der Internationale Währungsfonds hat bei der Beurteilung der Situation von Deutschland in seinem Jahresgutachten gesagt, dass Deutschland ein Prozent seines Brutto-sozialprodukts mehr an Schulden aufnehmen sollte – 40 Milliarden Euro pro Jahr –, um seiner Rolle gerecht zu werden. (...) Die Schuldenbremse ist ein deutscher Fetisch geworden.“

Christopher Vogt (FDP): „Solide Staatsfinanzen sind die Voraussetzung dafür, dass man in Krisen- und Ausnahmesituationen überhaupt handlungsfähig bleiben kann. Die Schuldenbremse sieht aus guten Gründen klar begrenzte Ausnahmen für Notlagen vor, die sich der Kontrolle des Staates entziehen. (...) Auch da sehen wir Möglichkeiten, es darf aber nicht sein, dass man einen Ausnahmezustand nutzt, um eine über die Jahre immer weiter verlängerte Notlage festzustellen, und mit Notkrediten Ausnahmen finanziert, die damit eigentlich gar nichts zu tun haben.“

Lars Harms (SSW): „Vielleicht macht es auch einmal Sinn, kurz darauf einzugehen, warum diese Schuldenbremse bei uns (...) eingeführt wurde. Ein Grund waren der hohe Schuldenstand des Landes und die Tatsache, dass im Prinzip jede Regierung jedes Jahr für ihre politischen Ziele zusätzliche Schulden aufgenommen hatte und so der allgemeine Spielraum für politische Entscheidungen der jeweiligen Nachfolgerregierung immer enger wurde – ein Teufelskreis. Ich selber kann mich an Zeiten erinnern, in denen jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen wurden. Wir hatten also jedes Jahr HSH Nordbank, Flüchtlingskrise und Corona-Krise in einem.“

Ostsee-Sturmflut: Land bringt schnelle Hilfe auf den Weg

Nach der Sturmflut an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste in der Nacht zum 21. Oktober will das Land den betroffenen Menschen, Unternehmen und Kommunen „schnell und unbürokratisch helfen“. Zudem sollen die Ostseedeiche für künftige Belastungen fit gemacht werden. Das betonte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) Anfang November in einer Regierungserklärung. Das Parlament war zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Vertreter aller Fraktionen stützten den Kurs der Landesregierung.

Zudem gab es großes Lob und Dankbarkeit für die zahlreichen, meist ehrenamtlichen Helfer. „Sie alle haben mit ihrem Einsatz noch Schlimmeres verhindert. Sie haben Menschenleben gerettet“, so der Ministerpräsident.

Die Sturmflut hatte in vielen Küstenorten Überschwemmungen verursacht. Auf der Insel Fehmarn starb eine Autofahrerin. An Häfen, Deichen und Stränden gab es teils massive Schäden. Zahlreiche Wohngebäude sind betroffen, aber auch Campingplätze, Restaurants, Boote und die kommunale Daseinsvorsorge, etwa Straßen oder Kindertagesstätten. Land und Kommunen hatten sich zwei Tage vor der Plenarsitzung auf einen Wiederaufbaufonds verständigt (siehe gegenüberliegende Seite). Ein „Katastrophenerlass“ des Finanzministeriums sieht zudem Steueraufschübe und Stundungen für betroffene Bürger und Unternehmen vor.

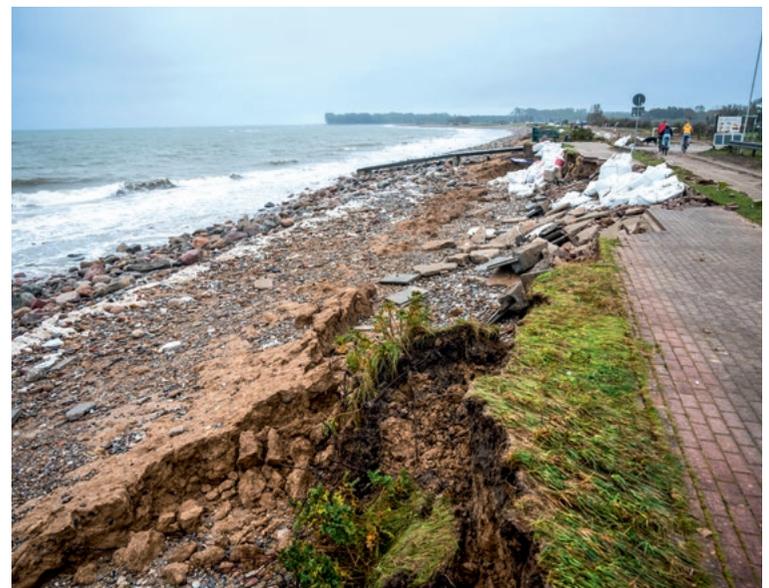
Günther kündigte darüber hinaus ein Darlehensprogramm für Firmen und Privatpersonen an: „Diese Überbrückungshilfe beinhaltet ein Darlehen von bis zu 50.000 Euro mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren und einem Zinssatz von einem Prozent, wobei das erste Jahr tilgungsfrei bleibt.“ Nun habe die Instandsetzung der Deiche höchste Priorität, denn „wir stehen erst am Anfang der Sturmflutsaison“. Im neuen Jahr werde eine „Küstenschutzstrategie“ vorlegt, die den Bedarf im Lande bis zum Ende des Jahrhunderts formulieren soll.

Günther verwies darauf, dass der Küstenschutz „eine grundgesetzlich verbrieft gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern“ sei. Er erwarte, dass der Bund die Hälfte der Kosten übernehme. Das habe er auch in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zum Ausdruck gebracht. Beim Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Kanzler wenige Tage nach der Landtagssitzung stellte der Bund finanzielle Hilfen in Aussicht. Details sollen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe besprochen werden.

„Wir müssen das Land sturmfest machen“

„Diese Sturmflut muss eine Zäsur sein“, forderte Thomas Losse-Müller (SPD) umfangreiche Investitionen in den Küstenschutz. Der Begriff „Jahrhundertflut“ für den Oktober-Sturm sei irreführend, denn „wir stehen vor einem Jahrhundert der Fluten“. Losse-Müller kritisierte Gaffer an den Deichen, die die Katastrophe in den sozialen Medien übertragen hätten, um „Leid in Likes zu verwandeln“. Tobias Koch (CDU) stellte klar, dass das Frühwarnsystem im Lande gut geklappt habe: „Das Katastrophenschutzkonzept hier bei uns in Schleswig-Holstein hat funktioniert, die Menschen sind rechtzeitig gewarnt worden, erforderliche Evakuierungen wurden eingeleitet, Krisenstäbe auf Kreis- und Landesebene haben gute Arbeit gemacht.“

„Wir müssen Schleswig-Holstein sturmfest machen“, sagte Lasse Petersdotter (Grüne): „Es geht heute schon sehr konkret darum, wie wir künftige Generationen und uns selbst vor den zu erwartenden Naturgewalten schützen.“ Dies werde teuer werden, denn der Deichbau koste fünf bis zehn Millionen Euro pro Kilometer. Christopher Vogt (FDP) lobte das Agieren der Landesregierung während und nach der Flut: „gut gemacht“. Er forderte, die geplanten 15 zusätzlich Stellen im Innenministerium für den Bereich Katastrophenschutz zügig zu besetzen. Anfang Dezember meldete das Innenministerium, dass dies geschehen sei. Anstelle von Darlehen regte Lars Harms (SSW) Zuschüsse für Privathaushalte und Unternehmen an: „Es gibt Hotels, die haben Schäden von einer Million Euro.“



Die Folgen der Flut: beschädigte Boote in Damp, unterspülter Deich bei Maasholm

Ostsee-Deiche: Vorwürfe an die Landesregierung

SPD und FDP haben der Landesregierung im Dezember vor- geworfen, Mängel an Ostseedeichen gekannt aber nicht behoben zu haben. Dadurch sei es vielerorts während der Oktober- Sturmflut zu Durchbrüchen und erheblichen Sachschäden gekommen. „Die Landesregierung war zu sorglos“, kritisierte Thomas Hölck (SPD). Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) wies darauf hin, dass das Hochwasser das stärkste seit 200 Jahren gewesen sei: „So etwas wie absolute Sicherheit gibt es Stand heute nicht.“

An der Ostseeküste gibt es rund 40 Kilometer Landesschutzdeiche, die vom Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) betreut werden, sowie etwa 40 Kilometer Regionaldeiche. Dafür sind die örtlichen Wasser- und Bodenverbände oder die Gemeinden zuständig. Die Flutschäden an Regionaldeichen waren laut Minister Goldschmidt dreißigmal größer als an Landesschutzdeichen. Die beiden Deichbrüche in Fischleger bei Damp und Arnis an der Schlei waren jeweils an Regionaldeichen aufgetreten.

Das Land sei laut Wassergesetz für alle Deiche zuständig, die Leib und Leben schützen, so Hölck: „Wie kann es sein, dass zahlreiche Mängel an den Regionaldeichen dokumentiert werden, bei der Landesregierung aber kein Überblick über deren Mängelbeseitigung vorliegt?“ Goldschmidt trage „die politische Verantwortung für dieses Desaster“. Oliver Kumbartzky (FDP) warf dem Umweltminister vor, in den vergangenen Monaten auf „Werbetour“ für einen Nationalpark Ostsee gegangen zu

sein – das habe „Geld und Kapazitäten“ gekostet. Nun müssten die Prioritäten anders gesetzt werden: „Das Land wird an der Ostseeküste mehr Verantwortung für den Küstenschutz übernehmen müssen – finanziell, aber auch organisatorisch.“

Er habe ein „Screening aller Regionaldeiche veranlasst“, entgegnete der Minister. Im ersten Quartal 2024 werde mit den Verantwortlichen vor Ort darüber gesprochen, wo Regionaldeiche zu Landesschutzdeichen umgewidmet werden können. Man werde prüfen, „an welchen Stellen wir mit harten, starken Küstenschutzmaßnahmen reingehen, und an welchen Stellen wir der Ostsee Raum geben“. Wegen der Klimakrise werde der Küstenschutz künftig deutlich teurer werden, mahnte Goldschmidt.



Kontroverse zum Zustand der Deiche: Oliver Kumbartzky (FDP, li.), Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne)

Ehrung für Flut-Helfer geplant

Einsatzkräfte, die während der Oktober-Sturmflut Menschen und ihren Besitz, Deiche, Straßen und Gebäude geschützt haben, sollen als Dank eine Auszeichnung des Landes erhalten. Das hat der Landtag Ende November einstimmig beschlossen.

„Nach den Ereignissen vom Oktober hoffe ich für alle Fraktionen sprechen zu können, wenn ich einen großen Dank für den unermüdlichen Einsatz unserer haupt- sowie ehrenamtlichen Kräfte während der Ostsee-Sturmflut wiederhole“, betonte Wiebke Zweig (CDU), die den Antrag gemeinsam mit den Grünen eingebracht hatte: „Mir persönlich erscheint es nur folgerichtig, als Zeichen unserer Dankbarkeit und Würdigung diesen Einsatzkräften eine Auszeichnung des Landes zu verleihen.“ FDP-Fraktionschef Christopher Vogt (FDP) unterstrich, es gehe um „Wertschätzung für die unglaubliche ehrenamtliche Arbeit, die hier wieder einmal geleistet wurde – und die eben nicht selbstverständlich ist“.

200-Millionen-Fonds beschlossen

Wie in der Sondersitzung Anfang November angekündigt (siehe S. 10), hat der Landtag einen 200 Millionen Euro schweren „Wiederaufbaufonds Flutkatastrophe 2023“ aufgelegt, um den Betroffenen der Ostsee-Sturmflut unter die Arme zu greifen. Das Parlament stimmte dem Hilfspaket im Dezember einstimmig zu.

Bei der touristischen und kommunalen Infrastruktur schätzt das Innenministerium die Schäden auf 140 Millionen Euro. Im Bereich des Küstenschutzes sind es demnach 40 Millionen Euro und bei den Einrichtungen der Daseinsvorsorge 20 Millionen. Diese Summen soll der Fonds abdecken. Das Hilfsprogramm basiert auf einer Absprache zwischen Land und Kommunen. Mögliche Hilfszahlungen des Bundes sollen ebenfalls in dem Fonds landen. Der kommunale Anteil an dem Paket soll über den Finanzausgleich geregelt werden. Die Investitionsbank IB SH verwaltet den Fonds.

Tucholsky, Kröten, Elfmeter und Forsthaus Falkenau

Wo im Plenarprotokoll „Heiterkeit“ vermerkt wurde – die Zitate des Jahres 2023

„Nach aktuellem Stand erreichen wir in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts einen halben Meter Meeresspiegelanstieg. Das klingt sehr weit weg. Ich gehe 2057 in Rente. Sollte Friedrich Merz vorher Kanzler werden, sogar noch später, aber nach Plan aktuell 2057. Das heißt, das ist schon sehr nah dran.“

(Lasse Petersdotter, Grüne, am 3. November in der Sondersitzung zur Sturmflut an der Ostsee)

„Diejenigen, die länger dabei sind, können sich erinnern: In der letzten Legislaturperiode hat mein Vorgänger Flemming Meyer hier bei einer Debatte zur Schweinehaltung gesungen. Das tue ich nicht, weil das saugefährlich wäre, und zwar für unser Trommelfell.“

(Christian Dirschauer, SSW, am 12. Oktober in der Debatte über Schweinehaltung in Schleswig-Holstein)



„Schon Kurt Tucholsky beschäftigte sich mit der Ökonomie und kam zu folgender Erkenntnis: ‚Der Wohlstand eines Landes beruht auf seiner aktiven und passiven Handelsbilanz, auf seinen inneren und äußeren Anleihen sowie auf dem Unterschied zwischen dem Giro des Wechselagios und dem Zinsfuß der Lombardkredite; bei Regenwetter ist das umgekehrt.‘“

(Birgit Herdejürgen, SPD, am 22. September in der Debatte über wirtschaftliche Rahmenbedingungen)

„Statt diesen Antrag zu stellen, hätten Sie einfach ein Telefon in die Hand nehmen und folgende Nummer wählen sollen: 030/22 77 50 70. Das ist die Nummer von Cem Özdemir. Die Nummer steht im Internet. Das ist auch nur sein Büro, nicht die Durchwahl.“

(Oliver Kumbartzky, FDP, am 14. Juli in der Debatte über Fördermittel für Agrarstruktur und Küstenschutz, die teilweise aus dem Etat des grünen Bundeslandwirtschaftsministers stammen)

„Aver al domals hett dat bi uns verschedene Spraken geven. Plattdüütsch hebbt se meist all schnackt, blots de rieken und klogen Lüüd hebbt Hoochdüütsch schnackt. Hüüt sünd wi all en beten klöger worrn un kunnt ok all tosamen Hoochdüütsch“

(Dirk Kock-Rohwer, Grüne, in der Debatte über die Rolle des Plattdeutschen und der Minderheitensprachen an der Schule)



„Die Mittel zur Förderung des Sports an Gemeinden und Dritte wurden um sage und schreibe zwei Drittel gekürzt. Es passt ins Bild, das Sie hier eigentlich seit gut einem Jahr zeichnen: Weltmeister im Ankündigen, Kreisklasse in der tatsächlichen Umsetzung, und beim Elfmeter ohne Torwart treffen Sie ehrlich gesagt noch nicht einmal den Ball.“

(Annabell Krämer, FDP, am 13. Juli an die Adresse von Ministerpräsident Daniel Günther in der Debatte über Kürzungen bei der Sportförderung)

„Bei Ihrem Dänemark-Beispiel habe ich an einen Urlaub in Schweden gedacht. Da sind wir mal mit Tempo 120 fünf Stunden lang von Kopenhagen über die Brücke bis nach Stockholm gefahren. Machen Sie das mal bei Tempo 120, ohne sich abzulösen. Das ist dermaßen einschläfernd, dass das wirklich gefährlich für die Verkehrssicherheit ist.“

(Hermann Junghans, CDU, am 12. Juli in der Debatte über ein Tempolimit auf Autobahnen)

„Das ist ungefähr so, als wenn mein Sohn auf meine Frage, ob er sein Zimmer aufgeräumt habe, antworten würde, dass er die grundsätzliche Machbarkeit des Aufräumens überprüft hätte.“

„Kai Dolgner, SPD, am 23. März über die Bilanz der Landesregierung beim Thema Digitalisierung“



„Ich bin schon mit Arbeitsaufträgen hier nach vorn geschickt worden: Die einen möchten, dass ich meine Rede ebenfalls teilweise auf Plattdüütsch halte, die anderen, dass ich sie auf Schwäbisch halte. Ich muss Sie in beiden Fällen enttäuschen. Ich bin kein Schwabe, sondern Badener.“

(Heiner Garg, FDP, am 14. Juni in der Debatte über die Rolle des Plattdeutschen und der Minderheitensprachen an der Schule)

„Im Kern wollen wir doch alle in die gleiche Richtung, liebe FDP und liebe SPD. Ich weiß, dass Sie lieber das Haar in der Suppe suchen als mit uns gemeinsam eine richtig gute und stärkende Kraftbrühe für unsere Schulen zu kochen.“

(Martin Balasus, CDU, am 13. Juli in der Debatte über Kitas und Grundschulen)

„Das Kindergeld muss angemessen ausgestattet werden und endlich zu einer Kindergrundsicherung weiterentwickelt werden, die genau solche Kosten berücksichtigt und bei Kostensteigerungen mitwächst. Darüber, dass der Bundesfinanzminister hier immer noch mauert, ärgere ich mich ehrlich gesagt gelb.“

(Malte Krüger, Grüne, am 11. Mai über FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner)

„Gesetzt, um 15 Uhr, da erwartet man schon einen bedeutsamen Tagesordnungspunkt mit klaren Aussagen und konkreten Maßnahmen. Das ist wie zur besten Sendezeit im Fernsehen: Da erhofft man sich eine neue, spannende Serie oder einen coolen, neuen Film und nicht die achte Wiederholung von ‚Forsthaus Falkenau‘.“

(Sandra Redmann, SPD, am 25. Januar über den Koalitionsantrag zur Einrichtung eines Runden Tisches für den Öko-Landbau)

„Circa zehn Gramm CO₂ setzt eine versendete E-Mail ohne Anhang frei. Mit einem Antrag im Anhang kommen wir schon auf 50 Gramm – natürlich nicht mit dem schleswig-holsteinischen Strommix, wie wir wissen. Diese E-Mail verschicken wir dann an zehn Abgeordnete sowie Referentinnen und Referenten, und schon haben wir genauso viel CO₂ freigesetzt wie auf einer 500 Meter langen Autofahrt.“

(Nelly Waldeck, Grüne, am 26. Januar über die „Green-IT-Strategie“ der Landesregierung)



„Es kann aber nicht sein, dass am Freitagnachmittag – das ist schon merkwürdig, dass man am Freitagnachmittag Handwerker kriegt, aber da war es so – auf einmal ein Bagger anrollt. Jeder dachte, es wird eine Baustelle eingerichtet. Aber am Sonntag war das Haus schon abgerissen. Das ist schon bemerkenswert.“

(Manfred Uekermann, CDU, am 23. März in der Debatte über Denkmalschutz)

„Die Grünen wollen dann auch noch Mitleid haben und sagen, sie hätten da eine Kröte geschluckt. Da kann ich nur sagen, dass das Mitleid bei der SSW-Fraktion ausverkauft ist. Wenn man das dritte Mal in Folge in einer Regierung ist, dann hat man Verantwortung. Früher haben die Grünen die Kröten über die Straße getragen, und heute schlucken sie jede – wie wir hier wieder hören können.“

(Sybilla Nitsch, SSW, am 10. Mai zum umstrittenen Ausbau der Autobahn A23)



„Jetzt habe ich schon 15 Sekunden geredet. Damit ist der Inhalt dieses Antrags auch abgearbeitet, meine Damen und Herren.“

(Lars Harms, SSW, am 27. Januar über den Koalitionsantrag zur juristischen Datenbank im Internet)

„Vielleicht bekommen Sie ein Fleißsternchen, wenn Sie in jeder Tagung einen Antrag vorlegen. Noch schöner wäre es, er würde auch Sinn machen. Dann gibt es vielleicht sogar einen Schweinchenstempel.“

(Thomas Losse-Müller, SPD, am 12. Oktober in der Debatte über Schweinehaltung in Schleswig-Holstein)

Landtag fordert Taten nach dem Migrationsgipfel

Der Migrationsgipfel von Bund und Ländern hatte Anfang November ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Nun gehe es darum, die Vorhaben von Bundesregierung und Ministerpräsidenten mit Leben zu füllen, hieß es Ende November im Landtag. Die Koalition sah in erster Linie Berlin in der Pflicht, die Opposition hielt dem Land Versäumnisse vor.

Die Kernpunkte der Bund-Länder-Absprache: Der Bund zahlt künftig pro Asylantragssteller eine Pauschale von 7.500 Euro an die Länder. Asylbewerber erhalten einen Teil ihrer Zuwendungen nicht in Form von Geld, sondern als Bezahlkarte. Die Bundesregierung will prüfen, ob Asylverfahren beschleunigt werden und auch außerhalb Europas ablaufen können. Die Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz sollen

beibehalten werden. Und: Asylsuchende sollen möglicherweise früher als bisher eine Arbeit aufnehmen können.

Tobias Koch (CDU) betonte, der Bund sei allein für die Flüchtlingspolitik verantwortlich und müsse daher „auch die finanzielle Verantwortung übernehmen“. Die vom Bund zugesagten Zuschüsse zur Unterbringung von Flüchtlingen reichen nach Ansicht der Landesregierung nicht aus, betonte die stellvertretende Ministerpräsidentin Monika Heinold (Grüne) in einer Regierungserklärung.

Lasse Petersdotter (Grüne) merkte an, dass das Land eine zusätzliche Flüchtlingsunterkunft in Kiel ausgewiesen habe und dass nun 8.000 Plätze in Landesunterkünften bereitstünden: „Das ist eine herausragende Leistung der Landesregierung.“ Thomas Losse-Müller (SPD) zählte hingegen unerledigte Aufgaben

des Landes auf: „Für ausreichend Wohnraum zu sorgen. Kommunen nicht zu überfordern. Ausreichend Kapazitäten in Kitas und Schulen zu organisieren. Menschen schnell in Arbeit zu bringen. Für Integration zu sorgen. Für Sicherheit zu sorgen und Menschen ohne Bleibeperspektive auch wieder abzuschieben.“

„Warum finden derzeit in Schleswig-Holstein trotz vollmundiger Ankündigungen kaum Abschiebungen statt?“, fragte FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. „Und warum finden nur so wenige freiwillige Ausreisen statt?“ „Gegen beschleunigte Asylverfahren kann ja erst einmal niemand etwas haben“, wandte Lars Harms (SSW) ein. Wenn aber sichere Herkunftsländer definiert würden, bei denen Verfahrenswege verkürzt würden, „dann ist das keine Beschleunigung, sondern ein Aushöhlen des Asylrechts“.

Warnung vor Apotheken-Sterben und Arzneimittel-Engpässen

In Schleswig-Holstein gibt es immer weniger Apotheken. Aktuell sind es etwa 590, vor fünf Jahren waren es noch 650. Ein Grund: Viele Apotheker finden keinen Nachfolger, der die sich auf lange Öffnungszeiten und finanzielle Unsicherheiten einlässt.

„Die Apothekenvergütung ist seit 2004 um 21,4 Prozent gestiegen“, so Heiner Garg (FDP), der das Thema im November auf die Tagesordnung gesetzt hatte: „Die Inflationsrate stieg im gleichen Zeitraum um 36,3 Prozent und die Apothekentariflöhne um fast 50 Prozent.“ Wegen der Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente können Apotheken die gestiegenen Kosten nicht an die Kunden weitergeben. Gemeinsam mit dem SSW rief Garg die Landesregierung auf, beim Bund auf eine „angemessene Erhöhung des festgelegten Fixums“ hinzuwirken. Birte Pauls (SPD) brachte eine Pauschale für alle Apotheken ins Spiel, damit auch die Betriebe auf dem Land oder in weniger zahlungskräftigen Stadtteilen bessergestellt werden. Schleswig-Holstein werde seinen Vorsitz bei der Gesundheitsministerkonferenz im Jahr 2024 nutzen, um sich für die Apotheken einzusetzen, kündigte Ministerin Kerstin von der Decken (CDU) an.

Ein weiteres Problem bei der Gesundheitsversorgung sind derzeit die Lieferengpässe bei Arzneimitteln. Insbesondere Präparate für Kinder seien häufig nicht verfügbar, berichtete Christian Dirschauer (SSW). Um die 500 Medikamente seien zurzeit knapp, so Jasper Balke (Grüne),

und „um die 300 sind nicht lieferbar“. Er forderte „eine europäische Arzneimittelstrategie, die funktioniert und die die Arzneimittelproduktion zurück nach Europa holt“. Es dürfe „nicht eine Frage von Glück und Pech sein, ob man eine optimale medikamentöse Versorgung erhält oder nicht“, mahnte Hauke Hansen (CDU). Der Sozialausschuss berät das Thema weiter.



Der CDU-Abgeordnete Hauke Hansen berichtete von seinem Praktikum in einer Bordesholmer Apotheke und vom Medikamentenengpass: „Über 270 Arzneimittel, die diese Apotheke regelmäßig auf Lager hat, waren an meinem Praktikumstag nicht lieferbar.“

Konsequenzen aus „katastrophalem“ PISA-Ergebnis angemahnt

Nach den schlechten Noten für Deutschlands Schüler in der jüngsten PISA-Studie sind Nachbesserungen im Bildungssystem dringend nötig – auch in Schleswig-Holstein. Darüber waren sich Vertreter von Koalition und Opposition Mitte Dezember in einer Aktuellen Stunde weitgehend einig. Zwei Erkenntnisse: Die langen Schulschließungen während Corona waren ein Fehler, und die soziale Herkunft spielt nach wie vor eine zu große Rolle für den Bildungserfolg.

Laut der Studie für das Jahr 2022 haben die deutschen 15-Jährigen in den Bereichen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften so schlecht abgeschnitten wie nie zuvor. Die Werte lagen sogar unter der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 (siehe Grafik). Der Abwärtstrend sei „katastrophal für die betroffenen Kinder und Jugendlichen, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt“, sagte Christopher Vogt, dessen FDP-Fraktion die Debatte angestoßen hatte. Er forderte verpflichtende Sprachtests für alle Viereinhalb-Jährigen „und bei festgestellten Defiziten verbindliche Fördermaßnahmen“.

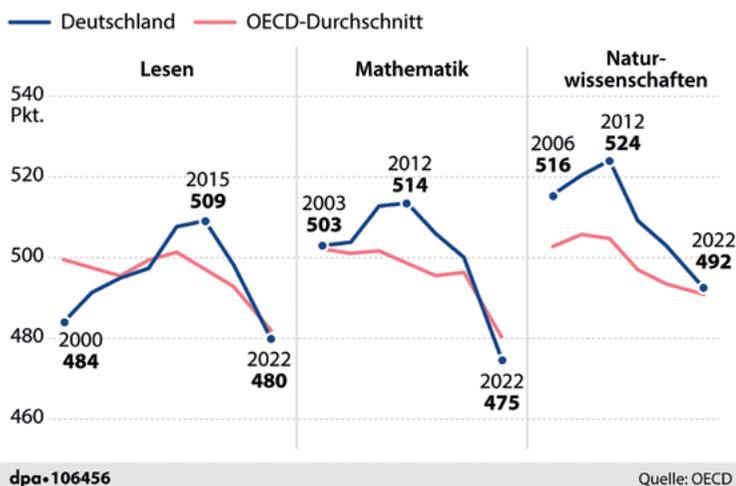
Die Ergebnisse seien „nicht hinnehmbar“, befand auch Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Sie warnte aber davor, rasche Besserung zu erwarten: „Sie verändern ein Bildungssystem nicht innerhalb weniger Wochen.“ Im Haushalt 2024 schaffe das Land 420 neue Lehrerstellen, so Prien. Zudem setzte sie auf das Perspektivschul-Programm, auf ein jährliches „Monitoring“ der Lernerfolge in den Klassen 1 bis 6 und einen „Masterplan Mathematik“. Das deutsche Bildungssystem habe „ein riesiges Problem mit sozialer Ungleichheit“, mahnte Serpil Midyatli (SPD). Kinder aus Zuwandererfamilien hätten in Deutschland „die größten Nachteile weltweit“. Zudem werde die Unterrichtsversorgung schlechter: „Inzwischen ist jede zehnte Lehrkraft an unseren Schulen nicht richtig ausgebildet. An den Grundschulen sind es 16 Prozent.“

„Unsere Integrationsansätze reichen nicht aus, um soziale Unterschiede auszugleichen“, stellte Jette Waldinger-Thiering (SSW) fest. Mit Blick auf die PISA-Sieger aus Skandinavien und dem Baltikum machte sie sich für eine Gemeinschaftsschule sowie komplette Lernmittelfreiheit stark. Wie die Bildungsministerin bezeichnete auch

Martin Balasus (CDU) die monatelangen Schulschließungen während der Pandemie als falsch. Corona und Migration seien aber „nicht Ursache, sondern Verstärker“. Er forderte „mehr Zeit und Ressourcen für die Basiskompetenzen Lesen, Schreiben, und Rechnen.“ Laut der Studie, so Lasse Petersdotter (Grüne), gäben 22 Prozent der Schüler an, sie seien mit ihrem Leben unzufrieden. Das Land brauche aber Jugendliche, „die Lust auf das Leben haben, die gestalten möchten und Spaß an dem haben, was nach der Schule kommt“.

Pisa-Studie: Deutschlands Leistungskurven

Durchschnittliche Bewertung deutscher Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren bei der internationalen Bildungsstudie der OECD, in Punkten



Bei PISA (Programme for International Student Assessment) erfasst die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) regelmäßig die Kompetenzen von 15-Jährigen. An der jüngsten Erhebung nahmen weltweit 81 Länder und mehr als 600.000 Jugendliche teil. Die deutsche Stichprobe umfasste 13.000 Schüler in allen Schultypen.

Polizei: Zweite Hundertschaft kommt bis 2027

Bis 2027 will das Land eine zweite Einsatzhundertschaft der Landespolizei aufbauen, die bei Sonderlagen wie Demos, Fußballspielen oder der Suche nach vermissten Personen vor Ort sein soll. Damit sollen stark beanspruchte Beamten, die bislang neben dem regulären Dienst auch zu Spezialeinsätzen antreten müssen, entlastet werden. Diesen Plan der Landesregierung unterstützte im Dezember auch die Opposition.

Die noch fehlenden 33 Planstellen sollen im Haushalt 2024 bereitgestellt werden, kündigte Bildungsministerin Karin Prien in Vertretung der erkrankten Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (beide CDU) an. Dann habe die Hundertschaft ihre reguläre Stärke von 123 Beamten erreicht. Der Staat müsse in der aktuell angespannten Weltlage klar signalisieren: „Unsere innere Sicherheit hat höchste Priorität.“

Niclas Dürbrook (SPD), der das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte, zeigte sich zufrieden. Er verwies darauf, dass Schleswig-Holstein in diesem Bereich schwach aufgestellt sei. So verfüge Niedersachsen über sieben Hundertschaften und Brandenburg über vier.

Kastration von wildlebenden Katzen: nach wie vor großer Bedarf

Die große Zahl herrenloser Katzen ist ein Problem, denn die streunenden Raubtiere gefährden andere Tierarten und verbreiten Krankheiten. Seit 2014 werden wildlebende Katzen in Schleswig-Holstein zweimal pro Jahr eingefangen und kastriert. Die gerade beendete Herbst-Aktion von Tierärztekammer, Tierschutzbund und Kommunen wertete Landwirtschaftsminister Werner Schwarz (CDU) Anfang November im Umwelt- und Agrarausschuss als Erfolg. Die Opposition sah Nachbesserungsbedarf.

„Das Projekt ist ein Erfolgsmodell, die Anzahl der verwilderten Katzen hat deutlich abgenommen“, so der Minister. Immer mehr Gemeinden machten mit, betonte Schwarz. Anfangs hätten sich 55 Prozent der Kommunen beteiligt, inzwischen seien es 77,5 Prozent. In diesem Jahr seien nach vorläufigen Zahlen insgesamt 2.259 Katzen und Kater kastriert worden. Andere Bundesländer nähmen sich an diesem Konzept ein Beispiel.

Schwarz appellierte an die Tierhalter: „Übernehmen Sie Verantwortung für Ihr Tier! Lassen Sie Ihre Katzen und Kater kastrieren, damit sie nicht zur Vermehrung des Leidens freilebender Katzen in ihrer Umgebung beitragen!“ Hintergrund: Freilebende Katzen breiten sich stark aus. Von einer nicht kastrierten Katze und deren Jungen kann es innerhalb eines Jahres bis zu 35 Nachkommen geben.

Die Herbstaktion 2023 war nach zwei Tagen beendet worden, nachdem das bereitgestellte Geld ausgeschöpft war. Das Land hatte 110.000 Euro beigesteuert, hinzu kamen 20.000 Euro vom Deutschen Tierschutzbund. Die Kommunen übernahmen jeweils die Hälfte der Kosten, die in ihrem Bereich entstanden. Tierärzte verzichteten auf einen Teil ihres Honorars. „Das schnelle Ausschöpfen der vorhandenen Mittel macht deutlich, wie herausfordernd die Situation ist“, unterstrich der Minister. „Dass die Herbstaktion nach nur zwei Tagen beendet wurde, wirft Fragen auf“, monierte Oliver Kumbartzky (FDP). Er forderte, „künftig

mehr Geld für diese sinnvolle Tierschutzmaßnahme einzuplanen, anstatt es in anderen weniger sinnvollen grünen Prestigeprojekten zu versenken“.

Uneinigkeit herrschte bei der Frage, ob die Zahl der verwilderten Katzen im Land in den vergangenen Jahren ab- oder zugenommen hat. Während Dirk Kock-Rohwer (Grüne) von einer Abnahme von vormals 75.000 Katzen auf derzeit 67.000 sprach, sagte Sandra Redmann (SPD), alle in diesem Bereich Tätigen würden ihr mitteilen, dass es in diesem Jahr mehr Katzen gebe: „Es sind jedenfalls mehr Tiere in den Heimen als jemals zuvor.“ Redmann schickte einen Appell in Richtung Landwirtschaftsminister, sich für mehr Geld und eine Katzenschutzverordnung einzusetzen. Zudem warb sie für ein Tierschutzgesetz, um auch gegen Quälzucht, Animal-Hoarding und illegalen Online-Tierhandel vorgehen zu können. Gegen Letzteres hat die Landesregierung Ende November eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht.



Laut Schätzungen sind zehntausende streunende Katzen in Schleswig-Holstein unterwegs.

„Reerdigung“: Tests gehen weiter

Das Gesundheitsministerium hat eine positive Zwischenbilanz zur neuen Bestattungsform „Reerdigung“ gezogen. Die erste Testphase des Pilotprojekts sei überzeugend verlaufen, urteilte Staatssekretär Oliver Grundei Mitte November im Innen- und Rechtsausschuss.

Bei dem Verfahren, das ein Berliner Unternehmen entwickelt hat, wird der Körper eines verstorbenen Menschen in einem geschloss-

senen Behälter auf Stroh und Grünschnitt gebettet. Körpereigene Mikroorganismen zersetzen den Leichnam innerhalb von 40 Tagen, deutlich schneller als üblich, zu einem Erds substrat, das anschließend bestattet wird. In einer zweiten Testphase ab Januar 2024 sollen weitere Untersuchungen unter Aufsicht der Universität Leipzig folgen. Kritiker befürchten Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung und bemängeln, das Grundrecht auf Totenruhe werde unterhöhlt.

Bedenken gegen Bauschutt-Deponie bei Eckernförde

Die mögliche Errichtung einer Bauschuttdeponie nördlich von Eckernförde erregt die Gemüter der Anwohner. Mehr als 3.000 Menschen haben sich an den Petitionsausschuss des Landtages gewendet und fordern, das Vorhaben zu stoppen. Anfang Dezember sprachen die Abgeordneten eine Stunde lang mit Kritikern und Vertretern der Landesregierung. Mehrere Parlamentarier teilten die Bedenken. Was ebenso deutlich wurde: Der Fall ist komplex.

Eine Kieler Firma plant, auf einem zwölf Hektar großen Gebiet der Gemeinden Kosel und Gammelby, am Rande der B76, eine Kiesgrube zur Deponie für Bauabfälle umzurüsten. Auch Schlacke aus Kraftwerken und giftige Stoffe könnten dort landen, befürchtet Christoph Schleusener aus Eckernförde, der die öffentliche Petition gestartet hat. Seine größte Sorge ist, dass Schadstoffe durch eine dünne Schutzschicht aus Ton und Folie ins Grundwasser gelangen könnten. Dabei gehe es

um ein „Naturschutzgebiet von deutschlandweiter Bedeutung“, wie Christiane Knabe, Gemeindevertreterin aus Kosel, betonte. Sie wies darauf hin, dass die Naturparks Schlei und Hüttener Berge direkt nebenan lägen. Die SSW-Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering teilte die Sorge: „Das dortige Biotopverbundsystem ist der Grundwasserspeicher für die ganze Region.“ Falls es zu einem Leck komme, seien tausende Haushalte betroffen.

Uwe Meyer aus dem Umweltministerium wies darauf hin, dass es im Lande weiterhin „Deponiebedarf“ gebe. Die Bauwirtschaft, die ohnehin über hohe Kosten klage, sei an einer ortsnahen Entsorgung interessiert. Mit Blick auf die ökologischen Bedenken stehe für ihn aber fest, so Meyer: Kosel und Gammelby seien „kein idealer Standort“.

„Der Knackpunkt ist die Standortsuche“, merkte Marc Timmer (SPD) an. Denn nach der geltenden Rechtslage kämen nur die Areale in

Betracht, die die Entsorgungsfirma selbst empfiehlt. In diesem Fall wäre die einzige Alternative ein Gebiet in der Nähe von Langwedel (Kreis Rendsburg-Eckernförde), das ebenfalls als biologisch sensibel gilt. Dirk Kock-Rohwer (Grüne) forderte: „Wenn beide Standorte nicht gut sind, dann muss der Betreiber nochmal auf die Suche gehen.“ Dies ist nach derzeitigem Recht jedoch nicht vorgeschrieben.

Der Ausschussvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Hauke Götsch, hob hervor, dass noch kein offizieller Bauantrag vorliege. Erst danach beginne das öffentliche Beteiligungsverfahren. Der Ausschuss werde nun die Erkenntnisse „sacken lassen“. Nach einer weiteren Beratung werde es eine Empfehlung an alle Beteiligten geben – einen Beschluss kann der Petitionsausschuss nicht fassen.



Christoph Schleusener (2. v. re.) und Christiane Knabe (re.) wiesen vor dem Petitionsausschuss auf mögliche Umweltrisiken hin.

Nach Kritik: Koalition ändert Zeitplan der Kita-Reform

Schleswig-Holsteins Kindertagesstätten sollen bereits zum Jahresanfang 2025 ein neues Finanzierungssystem bekommen – und nicht erst, wie zunächst geplant, ein Jahr später. Das ist das Ergebnis einer Anhörung im Sozialausschuss, in der Vertreter von Kommunen, Trägern und Eltern Anfang Dezember scharfe Kritik am ursprünglichen Zeitplan der schwarz-grünen Koalition äußerten. Der Landtag beschloss anschließend den geänderten Gesetzentwurf. Dieser sieht auch höhere Sachkostenzuschüsse für die Kitas vor.

Das Sozialministerium hatte anfangs eine Verschiebung der Reform auf 2026 angestrebt, um die Ergebnisse einer Studie zum Finanzbedarf der Kitas abzuwarten. Träger und Kommunen befürchteten aber, sie könnten

in Geldnot geraten, wenn sie Anfang 2025 ohne Anschlussregelung dastehen. Denn zu diesem Zeitpunkt laufen an zahlreichen Orten die aktuellen Finanzierungsvereinbarungen zwischen den Einrichtungen sowie den Städten und Gemeinden aus.

„Wir nehmen die Anliegen und Bedenken sehr ernst“, betonte Catharina Nies (Grüne). Daher werde man von einer Verschiebung absehen: „Das bedeutet aber, dass wir im nächsten Jahr alle zügig und konstruktiv zusammenarbeiten müssen.“ Die SPD-Abgeordneten Birte Pauls und Sophia Schiebe meinten, die Einsicht der Koalition komme „reichlich spät“. Allen Beteiligten sei „die prekäre finanzielle Situation, in der sich die Träger befinden, längst klar“.

Runder Tisch „Shalom & Moin“ verurteilt Terror

Unter dem Eindruck des Angriffs der Terrorgruppe Hamas auf Israel haben die Mitglieder des Runden Tisches „Shalom & Moin“ Mitte November eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der sie ihr Entsetzen über die Taten und ihr Mitgefühl für die Betroffenen zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig begrüßt der Runde Tisch das klare Bekenntnis des Landtages und der Landesregierung zur Solidarität mit Israel. Ein wichtiges Zeichen sei es auch, dass die Türkische Gemeinde und die Islamischen Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein den Terror der Hamas unmissverständlich verurteilt hätten.

In der Sitzung stellte der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland, Felix Klein, die Nationale Strategie gegen Antisemitismus vor. Es gehe darum, jüdisches Leben sichtbar zu machen, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Ziel müsse es auch sein, die vielfache Sprachlosigkeit in der Gesellschaft zu überwinden.

Der Runde Tisch hat sich Anfang 2023 zusammengefunden. Unter dem Vorsitz von Land-



Pressegespräch des runden Tisches (v. li.): Gerhard Ulrich, Landesbeauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Walter J. Pannbacker, Beauftragter gegen Antisemitismus des Landesverbands der jüdischen Gemeinden, Landtagspräsidentin Kristina Herbst, Igor Wolodarski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein, Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

tagspräsidentin Herbst gehören dem Gremium Vertreter der Fraktionen, der Landesregierung sowie jüdischer Gemeinden und Verbände

an. Ziel ist es, jüdisches Leben in Schleswig-Holstein zu fördern sowie Antisemitismus zurückzudrängen.

Bekenntnis zur Antidiskriminierung, Zweifel an Gesetzesinitiative

Der SSW will den Schutz vor Diskriminierung in einem eigenen Gesetz verankern. Die jüngsten antisemitischen Anfeindungen auf Schleswig-Holsteins Schulhöfen zeigten, „dass unsere gesetzlichen Regelungen auf Landesebene nicht ausreichen“, sagte der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz des Bundes, so Dirschauer, regle zwar den privaten Bereich und die Arbeitswelt, aber nicht den öffentlich-rechtlichen Raum – etwa den Bildungssektor oder die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Er verwies auf ein ähnliches Gesetz des Landes Berlin, das keine Klagewelle ausgelöst, sondern vielfach Schlichtung und Interessenausgleich bewirkt habe. Laut dem SSW-Entwurf soll kein Mensch „auf Grund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen und antise-

mitischen Zuschreibung, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit oder Volksgruppe, der sexuellen und geschlechtlichen Identität sowie des sozialen Status“ diskriminiert werden dürfen.

Die anderen Fraktionen unterstützten das Ziel, äußerten aber Zweifel, ob ein neues Gesetz nötig sei. „Wesentliche Defizite sind in unserem Land nicht bekannt“, kommentierte Werner Kalinka (CDU). Es sei in den anstehenden Beratungen im Sozial- sowie im Innen- und Rechtsausschuss zu prüfen, „ob es einen Handlungsbedarf für ein Gesetz gibt“. „Haben wir Anhaltspunkte dafür, dass die Landesbediensteten und die kommunalen Bediensteten vermehrt oder im starken Maße diskriminieren?“, fragte Bernd Buchholz (FDP). Seine Schlussfolgerung: „Wenn es nicht

notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.“ Die Grünen begrüßten eine gesetzliche Regelung, sagte Sozialministerin Aminata Touré, aber die CDU habe sich in den Koalitionsverhandlungen dagegen ausgesprochen. Stattdessen gebe es aber den Aktionsplan gegen Rassismus, den Schutz der nationalen Minderheiten in der Landesverfassung oder das Integrations- und Teilhabegesetz.

„Wir leben in einer Zeit, wo die Konfrontationen immer härter werden und wo Hass und Hetze an der Tagesordnung sind“, stellte Eka von Kalben (Grüne) fest. Daher stünde Schleswig-Holstein ein solches Gesetz „gut zu Gesicht“. Auch Beate Raudies (SPD) bekannte „mehr als Sympathie“ für den Vorstoß. Zwar enthalte das Grundgesetz ein Benachteiligungsverbot, aber dies müsse gesetzlich konkretisiert werden.

„Bildungsoffensive“ gegen Antisemitismus und Gleichgültigkeit

Der Nahostkonflikt, die Geschichte des Staates Israel und der Holocaust sollen an Schleswig-Holsteins Schulen intensiver behandelt werden. Das ist Kernpunkt einer „Bildungsoffensive“, mit der die Landespolitik dem wachsenden Antisemitismus begegnen will. Vor dem Hintergrund der Hamas-Angriffe auf Israel seit dem 7. Oktober und der Ermordung und Entführung zahlreicher Menschen hat der Landtag Ende November einen „10-Punkte-Plan für jüdisches Leben“ auf den Weg gebracht.

Demnach soll das Schulgesetz geändert werden, um den Einsatz gegen Antisemitismus als Bildungsziel zu verankern. Schulen sollen Präventions- und Schutzkonzepte entwickeln, ihre Schüler für das Thema sensibilisieren und gegen die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts vorgehen. Es soll spezielles Lernmaterial zu diesem Themenkomplex entwickelt werden, jeder Schüler soll mindestens einmal eine Gedenkstätte des Nazi-Terrors besuchen, und die Gedenktage 9. November (Reichspogromnacht 1938) und 27. Januar (Befreiung des KZ Auschwitz 1945) sollen verstärkt zum Anlass für Lernprojekte genommen werden.

Martin Balasus (CDU): „Es ist eine Schande, dass sich das Gift des Antisemitismus wieder bei uns breitmacht. Wie kann es sein, dass Islamisten die Freiheiten unserer Demokratie für Antisemitismus, Israel-Hass und religiösen Wahn ausnutzen? Wie kann es sein, dass in Deutschland eine rechtsextreme Partei stetig wächst und Antisemitismus von links verharmlost wird? Und was ist eigentlich mit Greta Thunberg los?“

Malte Krüger (Grüne): „Das Existenzrecht Israels ist unumstößlich, und die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Und gerade weil das unser Grundsatz ist, muss uns das, was in den letzten Wochen auf deutschen und europäischen Straßen passiert ist, schockieren, Diese Taten müssen uns wachrütteln, und wir müssen unsere Anstrengungen im Kampf gegen Antisemitismus fortführen, mit wirksamen und unmissverständlichen Maßnahmen.“

Martin Habersaat (SPD): „Bildungseinrichtungen müssen vermitteln, dass unsere Gesellschaft auf Respekt füreinander aufbaut. Sexismus, Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzungen aller Art fallen nicht unter die Meinungsfreiheit. Sie haben keinen Platz in unserer Gesellschaft und werden zurückgewiesen. Wer Ausgrenzung und Diskriminierung erfährt, muss geschützt werden.“

Christopher Vogt (FDP): „Der Geschichtsunterricht ist gerade mit Blick auf die deutsche Verantwortung von besonderer Bedeutung und muss vor allem hinsichtlich des Holocausts und des Nahostkonflikts verbessert werden. Der Nahostkonflikt ist ja durchaus komplex, und es ist hochproblematisch, wenn die jungen Menschen – vor allem die jungen Muslime – hierzu vor allem Propaganda via Social Media erreicht. Das ist brandgefährlich, und da muss man gegensteuern.“

Jette Waldinger-Thiering (SSW): „Es muss uns darum gehen, in Schulen wie auch unter Erwachsenen Antisemitismus nicht nur im Rückblick zu erkennen, sondern in seiner Kontinuität auch im Hier und Jetzt. Gesellschaftliche Probleme schlagen sich im Schulalltag nieder. Und da müssen Schulleitungen und Lehrkräfte ihnen begegnen. Aufgabe der Politik ist, sie darin zu unterstützen.“

Bildungsministerin Karin Prien (CDU): „Gleichgültigkeit ist Gift für die Demokratie, für Freiheit und Menschenrechte. Gleichgültigkeit ist ein gefährlicher Brandbeschleuniger für Antisemitismus und jede Form von Hass und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wenn ich gefragt werde, was mir in den letzten Tagen und Wochen besonders Angst macht, dann ist es die Gleichgültigkeit der Gesellschaft. Die Ignoranz. Der Mangel an Humanität. Die schweigende Masse.“

Gedenken am 9. November

Anlässlich des 85. Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst am 9. November mit den jüdischen Gemeinden in Lübeck und Bad Segeberg der Opfer der Shoah gedacht. Herbst besuchte die Lübecker Carlebach-Synagoge (s. Foto) und das Denkmal für die zerstörte Synagoge in Bad Segeberg. Die Landtagspräsidentin zeigte sich angesichts der Eskalation des Antisemitismus seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel tief erschüttert: „Die Sorgen, die sich Jüdinnen und Juden derzeit um ihre Sicherheit machen müssen und die Ängste, die sie haben, sind für uns alle unerträglich.“



„Jugend im Landtag“ fordert: Latein-Unterricht streichen, „Rote Rosen“ im TV abschaffen

Näher am Alltagsleben und frei von Mobbing – so sollen Schleswig-Holsteins Schulen nach Auffassung der „Jugend im Landtag“ sein. „Lernen für das Leben statt für Latein“ lautet eine zentrale Forderung der rund 60 Nachwuchspolitiker, die Anfang Dezember für ein Wochenende im Landeshaus zusammengekommen waren, um ihre Anregungen an die „große Politik“ zu formulieren.

Statt um tote Sprachen soll es im Unterricht um aktuelle Themen, Verbraucherbildung, Finanzen, Haushaltsführung, Ernährung und Medienkompetenz gehen. Erste-Hilfe-Kurse sollen in der Schule ab der 1. Klasse zur Pflicht werden. Ebenfalls obligatorisch soll ein „Leitfaden gegen Diskriminierung an Schulen“ werden, der sich insbesondere an Lehrer richtet: „Hören Sie der betroffenen Person genau zu und nehmen Sie die Probleme ernst!“, heißt es darin.



„Jugend im Landtag“, das bedeutet: Ideen entwickeln, Argumente vorbringen und andere überzeugen ...

Der Rundfunkbeitrag ist den Jung-Politikern ein Dorn im Auge. Sie machen sich für eine „drastische Senkung“ stark und schlagen mit Blick auf die ARD-Nachmittagsserie vor, den „Rotstift“ bei „Rote Rosen“ anzusetzen. Öffentlich-rechtliche Medien sollten stattdessen mehr Nachrichten und Informationsprogramme senden, heißt es im Abschlusspapier. Bei einem landespolitischen Streitthema gab es ein klares Signal: Die Jugendlichen sprachen sich mit großer Mehrheit für einen Nationalpark Ostsee nach Vorbild des Nationalparks im Wattenmeer aus.

Auch in der Drogenpolitik fordert die „Jugend im Landtag“ einen großen Wurf: die „Entkriminalisierung des Konsums und des Besitzes von Kleinstmengen aller Drogen für Volljährige“. Dies soll unterfüttert werden mit mehr Präventionsarbeit an Schulen, mehr Geld für die Abhängigenhilfe und einem kostenlosen und straffreien „Drug-Checking“ auf Festivals und vor der Disco. Außerdem auf der Agenda: ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel mit hohen Fett-, Zucker- und Salzgehalt und ein Böllerverbot „für Privatpersonen“.

Dem Einzelhandel soll es per Gesetz verboten werden, Lebensmittel wegzuerwerfen – die Waren sollen stattdessen bei den Tafeln landen.

„Ihre Beschlüsse werden zur Kenntnis genommen“

Die „Jugend im Landtag“ trifft sich einmal im Jahr, dies war bereits die 36. Auflage. „Herzlichen Dank, dass Sie sich das ganze Wochenende Zeit nehmen und Ihre Ideen mit uns teilen“, gab Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben den Schülern, Studenten und Auszubildenden im Alter von 15 bis 20 Jahren in ihrem Grußwort mit auf den Weg: „Ich bin überzeugt davon, dass das, was Sie hier beschließen, von den Abgeordneten zur Kenntnis genommen und – mehr noch – in ihre politische Arbeit mitgenommen wird.“

Bei den Diskussionen standen „echte“ Politiker aus allen Fraktionen den Jugendlichen zur Seite. Der rund 50 Punkte starke Forderungskatalog wird nun den Fraktionen, den Landesministerien und den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten vorgelegt. Deren Stellungnahmen bilden dann die Grundlage einer Abschlussdiskussion im kommenden Frühjahr.

Geleitet wurde die Tagung von einem neu gewählten Präsidium. Es besteht aus der 19-jährigen Lili-Marie Sander, FSJ-lerin aus Rümpel im Kreis Stormarn, Caitlin Wu Hasenkamp (16), Schülerin aus Henstedt-Ulzburg, Kevin Fink (18), Schüler aus Oststeinbek (Kreis Stormarn) und Kjell Berg, 19-jähriger Student aus Kiel.



... um dann bei der Abstimmung eine Mehrheit der „Abgeordnetenkollegen“ hinter sich zu bringen.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Eine andere Jüdische Weltgeschichte / Michael Wolffsohn. – Freiburg [u. a.]: Herder, 2022. – 364 Seiten

Der Historiker Michael Wolffsohn, lange Jahre an der Universität der Bundeswehr in München tätig, erzählt die Geschichte der Juden von den Anfängen bis heute. Lehrreich und gleichzeitig spannend und unterhaltsam berichtet er von einem Volk und einer Religion, die Weltgeschichte und Weltkultur prägen. Wolffsohn behandelt theologische, geografische und wirtschaftliche ebenso wie soziale Aspekte und stellt zentrale Persönlichkeiten vor. So entsteht eine Universalgeschichte des Judentums, die alte Vorurteile und antisemitische Ideologien durch Fakten widerlegt.



Die Bundeswehr: von der Gründung bis zur Zeitenwende / Wilfried von Bredow. – Berlin: BeBra Verlag, 2023. – 239 Seiten

Der Politikwissenschaftler Wilfried von Bredow beschreibt die Geschichte der Bundeswehr und schlägt dabei den Bogen von ihren historischen Wurzeln bis zu ihrer aktuellen Situation vor dem Hintergrund der „Zeitenwende“ und den Anforderungen einer Parlamentsarmee, die fest eingebunden ist in europäische und transatlantische Bündnisse, und die weltweit agiert. Die Bundeswehr ist seit ihrer Gründung ein Spiegel der bundesdeutschen Gesellschaft, und so müssen ihre Entwicklungen auch im gesellschaftlichen Kontext der jeweiligen Zeit gesehen werden. Diese Einbettung nimmt Wilfried von Bredow ebenso vor wie einen Ausblick in die Zukunft.



Schleswig-Holstein 2030: Wege zum Glück / Utz Schliesky. – Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, 2023. – 166 Seiten

Die Menschen im nördlichsten Bundesland sind seit vielen Jahren die glücklichsten Deutschen, wie der regelmäßig erscheinende „Glücksatlas“ feststellt. So schön diese Feststellung für die Gegenwart ist, stellt sich umso mehr die Frage, wie sich dieses Gefühl für alle Schleswig-Holsteiner auch in Zukunft erhalten lässt, allen Krisen, Herausforderungen und Umbrüchen zum Trotz. Neben einer Bestandsaufnahme für 2023 unterbreitet Prof. Utz Schliesky, Staatsrechtler und Verwaltungsdirektor des Landtages, 26 konkrete Lösungsansätze, damit Schleswig-Holstein auch im nächsten Jahrzehnt das Ranking der Bundesländer anführt.

Neues Falblatt über Wappen und Wandteppich

Im Treppenaufgang des Landtages zum 1. Stock hängen zwei großflächige Werke des Kieler Künstlers Alwin Blaue (1896 bis 1958): ein 23-teiliges Wappenrelief und der Wandteppich mit Naturmotiven und dem schleswig-Holsteinischen Landeswappen, der jahrelang den alten Plenarsaal des Landtages schmückte. Eine neue Broschüre stellt den Künstler und sein Werk kompakt vor. Das Falblatt kann beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit kostenlos bestellt werden:

- Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
- bestellungen@landtag.ltsh.de
- Tel. 0431/988 1639

Impressum

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Pressestelle, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Frank Plathoff (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1103, frank.plathoff@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Fotos:

Sönke Ehlers, Regina Baltschun, Michael Neubauer, Michael August, Thomas Eisenkrätzer, Karsten Blaas, Detlef Ziep, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, BeBra-Verlag, Husum-Verlag, Herder-Verlag, Shutterstock Jamo Images

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Gestaltung, Layout:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel,
Telefon 0431/988-1639, Fax 0431/988-1119,
bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Dezember 2023

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Die Bücher können nicht beim Landtag erworben und nicht außer Haus ausgeliehen werden.



Landtagspräsidentin Kristina Herbst (6.v.li.) freute sich mit den Gewinnern und Nominierten des 20. Bürger- und Demokratiepreises.

Bürger- und Demokratiepreis würdigt Zivilcourage

Unter dem diesjährigen Motto „Miteinander, Füreinander: Hilfe, Einsatz, Zivilcourage“ haben der Landtag, die Sparkassen und der NDR Anfang November in Büdelsdorf den 20. Bürger- und Demokratiepreis vergeben. Die Kieler „Brustkrebsproten“ und das Jugendeinsatzteam der DLRG-Jugend erhielten den Bürgerpreis. Mit dem Demokratiepreis wurden die Vereine ZEBRA und KAST ausgezeichnet. Auch weitere Nominierte wurden für ihr ehrenamtliches Engagement geehrt.

„Mit Hochachtung für ihren wertvollen und wichtigen Einsatz gratulieren wir den Preisträgern und Nominierten ganz herzlich“, so die Schirmherrin, Landtagspräsidentin Kristina Herbst: „Wir alle brauchen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Miteinander, die Mitmenschlichkeit.“ Das Ehrenamt sei ein „wertvolles Geschenk an die Gesellschaft“. Der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Oliver Stolz betonte: „Freiwillig Engagierte ergreifen die Initiative und packen die Dinge an, die ihnen am Herzen liegen. Damit übernehmen sie überall Verantwortung für ihr Lebensumfeld.“ Und Bettina Freitag, Chefredakteurin des NDR-Landesfunkhauses in Kiel, stellte fest: „Die Zeiten sind für uns alle nicht einfach, und es ist uns eine Herzensangelegenheit, die Menschen zu unterstützen, die, statt zu verzagen, tatkräftig und beherzt anpacken.“

Für Ihr Netzwerk für jung an Brustkrebs erkrankte Frauen erhielten die Kieler „Brustkrebsproten“ den Preis in der Kategorie

„Alltagshelden“. Das Jugendeinsatzteam (JET) der DLRG-Jugend aus Eckernförde bekam die Auszeichnung in der Kategorie „U27“. Beim JET lernen Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren die Grundlagen der Wasserrettung.

„Wehrhafte Demokratie ist wichtiger denn je“

Der Demokratiepreis würdigt Initiativen, die sich in außergewöhnlicher Weise um die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das demokratische Gemeinwohl verdient machen. Der Verein ZEBRA (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe) aus Kiel berät landesweit Opfer, Angehörige und Zeugen von rassistischen, antisemitischen und anderen rechtsextremen Angriffen. Betroffene erhalten Unterstützung in juristischen, finanziellen und psychosozialen Fragen. Außerdem dokumentiert ZEBRA rechtsextremistische Angriffe und antisemitische Vorfälle in Schleswig-Holstein. Der zweite Demokratiepreisträger KAST aus Neumünster bietet

Antigewalt- und Antiaggressionstrainings sowie Unterstützung beim Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. Unter anderem berät KAST Jugendliche sowie Gefangene im Strafvollzug.

„Unsere Demokratie muss wehrhaft sein – mehr denn je“, unterstrich Landtagspräsidentin Herbst. Sie lobte die beiden Vereine, die „sich vehement für unser demokratisches Gemeinwesen einsetzen und gemeinsam ein breites Spektrum im Bereich der Demokratieförderung und der Extremismusprävention abdecken“. Musikalisch wurde die Verleihung von den Cellistinnen Natalia Schultheis und Belén Sánchez Perez begleitet. Durch den Abend führte der NDR-Radiomoderator Pascal Hillgruber. Der Bürgerpreis als Schleswig-Holsteins größter Ehrenamtspreis wird seit 2004 vom Landtag und den Sparkassen ausgeschrieben. Der NDR ist seit 2009 als Medienpartner dabei. Ehrenamtlich Engagierte konnten sich bewerben oder von anderen in den Kategorien „U27“ und „Alltagshelden“ vorgeschlagen werden. Eine Fachjury wählte aus den 74 Bewerbungen die Nominierungen aus, die Vergabejury bestimmte danach die Preisträger. Die Sieger erhielten 3.000 Euro, die Nominierten jeweils 500 Euro. Insgesamt wurden Sach- und Geldpreise im Wert von 32.500 Euro vergeben.



Zum Winter- einbruch Ende November erschien ein Schneemann vor dem Plenarsaal des Landtages.

Zu Besuch im Landeshaus



Am 9. November, dem 85. Jahrestag der antijüdischen Pogrome von 1938, zeigte der Landtag den Film „Masel Tov Cocktail“ über einen jüdischen Jugendlichen im heutigen Deutschland. Anschließend diskutierte Regisseur Arkadij Khaet (li.) mit Mitgliedern der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein.

Auch in diesem Jahr haben Pfadfinder das Friedenslicht ins Landeshaus gebracht. Landtagspräsidentin Kristina Herbst (li.) nahm Mitte Dezember die Flamme in Empfang, die in der Geburtsgrotte in Bethlehem entzündet wurde und über Wien den Weg auch nach Kiel fand.



Der katholische Erzbischof von Hamburg, Stefan Heße, hielt Mitte Dezember die ökumenische Morgenandacht im Raum der Stille. Dorthin laden die beiden großen christlichen Kirchen Gläubige aller Religionen zum Auftakt jeder Plenarsitzung. Der Erzbischof war zum Antrittsbesuch bei Landtagspräsidentin Kristina Herbst nach Kiel gekommen.

Kinder der dänischen Kita Børnehave aus Kiel-Pries haben Anfang Dezember gemeinsam mit Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering den traditionellen Weihnachtsbaum in der Eingangshalle des Landtags geschmückt.





Termine, Termine, Termine ...

Wege zur Aussöhnung: Erinnerung an das Luxemburger Abkommen

Den Prozess der Aufarbeitung des NS-Terrors und die Anerkennung der Holocaust-Verbrechen zeichnet die Wanderausstellung „70 Jahre Luxemburger Abkommen zwischen Deutschland, Israel und der Jewish Claims Conference – Versuch einer Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ nach.

In dem am 10. September 1952 unterzeichneten Abkommen verpflichtete sich die Bundesrepublik, den jüdischen Opfern der NS-Herrschaft Wiedergutmachung zu leisten. Die Bundesregierung sicherte Israel zu, innerhalb von zwölf bis 14 Jahren drei Milliarden

D-Mark zu zahlen. Das Abkommen gilt als erster Schritt zur Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen.

Die von der Claims Conference und dem Bundesfinanzministerium unter Mitwirkung des Knesset-Museum des israelischen Parlaments konzipierte Ausstellung besteht aus neun großen, von innen beleuchteten Würfeln und Quadern, ergänzt um Filmsequenzen und einen per QR-Code aktivierbaren Audio-Guide. Dargestellt werden die Geschichten einzelner Überlebender und ihr Kampf um Anerkennung und Wiedergutmachung, aber auch der Aushandlungsprozess dieses ebenso

historischen wie auf beiden Seiten lange umstrittenen Abkommens. Ihren Auftakt hatte die Wanderausstellung im September 2022 im Bundestag, seitdem wird sie deutschlandweit gezeigt.

Die Ausstellung kann vom 19. Februar bis zum 31. März täglich von 10 bis 18 Uhr besucht werden. Der Eintritt ist frei, lediglich ein Personalausweis oder Reisepass ist erforderlich. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.

Ausstellung blickt auf frühe Konzentrationslager

Die Wanderausstellung „Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“ ist vom 27. Januar bis zum 11. Februar im Landtag zu sehen.

Nach der Regierungsübernahme am 30. Januar 1933 sperrten die Nationalsozialisten deutschlandweit politische Gegner in rund 90 rasch errichtete Lager. Folter und Mord waren dort an der Tagesordnung. Diese ersten Konzentrationslager wurden in der Regel bereits nach wenigen Wochen oder Monaten wieder geschlossen, aber sie ebneten den Weg für die späteren Vernichtungslager in Auschwitz oder Buchenwald. Die Ausstellung beleuchtet Rolle und Funktion der Lager. Anhand zahlreicher Biografien von Verfolgten und Tätern zeigt sie auf, wie die Lager zur Absicherung der NS-Herrschaft beitrugen. Konzipiert wurde die Ausstellung von der „AG Frühe Konzentrationslager“, an der auch die Gedenkstätte Ahrensböck (Kreis Ostholstein) beteiligt ist.

Die Ausstellung kann täglich von 10 bis 18 Uhr besucht werden. Der Eintritt ist frei, lediglich ein Personalausweis oder Reisepass ist erforderlich. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.

Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Winter Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 4. Januar: Lübeck

Dienstag, 16. Januar: Heide

Donnerstag, 1. Februar: Lübeck

Dienstag, 20. Februar: Heide

Montag, 4. März: Kappeln

Donnerstag, 7. März: Lübeck

Dienstag, 19. März: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Kappeln** im Rathaus, Reeperbahn 2, 9:00 bis 13:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“